

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 14. Dezember 1960

Blatt 2423

## Das Rathaus ehrte seine Dienstjubilare

=====

14. Dezember (RK) Heute früh nahmen 23 Gemeindebedienstete, darunter zehn Angehörige der Städtischen Unternehmungen, die Glückwünsche der Stadtverwaltung zu ihrem 40jährigen Dienstjubiläum entgegen. Der Feier wohnten mit Bürgermeister Jonas Vizebürgermeister Mandl, die Stadträte Bauer, Lakowitsch, Riemer und Sigmund, Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Personalangelegenheiten, der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, die Direktoren der Städtischen Unternehmungen und die Dienststellenleiter sowie Vertreter der Gewerkschaft bei.

Der städtische Personalreferent, Stadtrat Riemer, beglückwünschte die Jubilare im Namen seines Ressorts und dankte ihnen für ihre durch vier Jahrzehnte erwiesene Hingabe und Ausdauer im öffentlichen Dienst. Die Glückwünsche der Gewerkschaft übermittelte Gemeinderat Schiller.

Bürgermeister Jonas sprach den verdienten Beamten den Dank für ihre bisherige Mitarbeit in der Stadtverwaltung aus. Als Angehörige einer Beamtengeneration, der das Schicksal schwere Aufgaben aufgebürdet hat, sagte er, verdient jeder einzelne die Anerkennung seiner Verdienste.

Im Namen der Jubilare dankte Univ.Prof. Prim. Dr. Starlinger vom Wilhelminenspital der Stadtverwaltung für die Würdigung ihrer Leistungen im Dienste der Stadt Wien.

- - -

Soforthilfe für das Raimundtheater  
=====

14. Dezember (RK) Wir berichteten bereits vor einigen Wochen über die prekäre finanzielle Lage, in der sich das Raimundtheater befindet. Vizebürgermeister Mandl teilte gestern in der Sitzung der Wiener Landesregierung mit, daß eine aus Vertretern des Bundes und der Gemeinde zusammengesetzte Theaterwirtschafts-Prüfungskommission die wirtschaftlichen Verhältnisse des Raimundtheater untersucht hat. Er beantragte auf Grund des Ergebnisses eine Soforthilfe in der Form, daß die Wiener Landesregierung als Vorschuß auf die in das Jahr 1961 fallende Theaterhilfe weitere 320.000 Schilling bewilligt. 80.000 Schilling sind bekanntlich bereits für die Begleichung der Dezember-Gagen ausgezahlt worden. Die Wiener Landesregierung hat diesem Antrag zugestimmt.

- - -

Städtischer Kindergarten auf den Vorgarten-Gründen  
=====

14. Dezember (RK) Die städtische Wohlfahrtsreferentin Stadtrat Maria Jacobi beantragte gestern in der Sitzung des Wiener Stadtsenates die Errichtung eines neuen städtischen Kindergartens im 2. Bezirk, Wohlmutstraße-Jungstraße. Diese Grundfläche schließt an die in Bau befindliche städtische Wohnhausanlage Vorgartenstraße an. Der Kindergarten wird in Massivbauweise errichtet. Er wird fünf Gruppen und die dazugehörigen Nebenräume umfassen. Beim Kindergarten werden sich auch ein Planschbecken, ein Sandkasten, ein Spielhügel - alles gärtnerisch schön ausgestaltet - befinden. Die Kosten werden mit vier Millionen Schilling angenommen.

Der Amtsführende Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Lakowitsch, referierte über die dazugehörige Baubewilligung.

- - -

### Zwei neue städtische Wohnhausanlagen =====

14. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten, Heller, legte dem Wiener Stadtsenat die Entwürfe und die Kostenvoranschläge für zwei neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 155 Wohnungen, sechs Geschäftslokalen und einem Jugendhort vor. Die Kosten werden mit 21,720.000 Schilling angenommen, wovon heuer noch 1,3 Millionen Schilling verbraucht werden sollen.

Ein vierstöckiges Haus mit 16 Wohnungen und einem Jugendhort wird in der Oelweingasse im 15. Bezirk gebaut. Es wird eine Baulücke schließen und die Feuermauern der beiden benachbarten Häuser abdecken. Der Jugendhort wird in einem freistehenden ebenerdigen Gebäude im Gartenhof des Neubaus untergebracht sein.

Die zweite Wohnhausanlage wird im 20. Bezirk, zwischen Dresdner Straße - Winarskystraße und Leithastrasse, errichtet. Es handelt sich um einen U-förmigen Baukörper mit sieben Stiegenhäusern. Diese neue städtische Wohnhausanlage wird insgesamt 139 Wohnungen und sechs Geschäftslokale umfassen.

- - -

### Neuer Wohnungstausch-Anzeiger =====

14. Dezember (RK) Die neue Nummer des Wohnungstausch-Anzeigers, die soeben erschienen ist, enthält auf 27 Seiten Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken sowie in Spezialrubriken Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Angebote aus den Bundesländern. In einem einleitenden Artikel wird im Wohnungstausch-Anzeiger über die Tauschmöglichkeiten bei einer Gemeindeneubauwohnung berichtet.

Der Tauschanzeiger ist um 1.50 Schilling in den Wiener Trafiken und im Tauschreferat erhältlich. Eine Einschaltung in die nächste Nummer, die am 26. Jänner erscheint, kann bis spätestens 12. Jänner im Tauschreferat, 1, Bartensteingasse 7, vorgenommen werden.

- - -

Der erste Schnee  
=====

14. Dezember (RK) Eine größere Partie, bestehend aus Mannschaften der Magistratsabteilung 48, war heute nacht zur Reinigung von Übergängen und Stiegen eingesetzt, während Streuautos in den Hauptstraßen arbeiteten. Heute früh begannen mehr als 1.000 Mann im großen Maßstab mit der Schneereinigung. Die Hauptarbeit konzentriert sich auf die Säuberung der Übergänge und Kanalgitter. Von exponierten Plätzen wird der Schnee abgeführt. Außerdem sind 45 Schneepflüge und 21 Streuautos, davon zwölf Jenbach-Büffel, unterwegs.

- - -

Freie Arztstellen  
=====

14. Dezember (RK) In der Krankenanstalt Rudoliftiftung der Stadt Wien wird die Stelle eines Vorstandes der Dermatologischen Abteilung besetzt. Gesuche sind bis spätestens 15. Jänner 1961 an die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, 3. Stock, zu richten.

- - -

Führungen im Historischen Museum und durch die Römischen Baureste  
=====

14. Dezember (RK) Sonntag, den 18. Dezember, führt Dr. Alfred Neumann um 10 Uhr durch die Römischen Baureste, Am Hof 9. Um 11 Uhr führt Dr. Neumann durch die Ur- und frühgeschichtliche Abteilung des Historischen Museums.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====Die Budgetberatungen im Rathaus haben begonnen

14. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat heute vormittag der Wiener Gemeinderat zur Beratung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1961 zusammen. Es lag eine Anfrage der KLS vor. Der Vorsitzende teilte mit, daß GR. Heigelmayr (SPÖ) mit Schreiben vom 5. Dezember sein Mandat zurückgelegt hat. Als Ersatzmann wurde Erwin Lanc in den Gemeinderat berufen. Der neue Gemeinderat leistete das vorgeschriebene Gelöbnis.

Bürgermeister Jonas teilte sodann mit, daß zunächst die Generaldebatte über das Budget und die Spezialdebatte über die Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, durchgeführt werden wird. Nach der Abstimmung über die Gruppe Finanzwesen werden die Gruppen I und III bis XI behandelt, worauf über Bilanz und Bedeckung des Voranschlages 1961 abgestimmt werden wird.

1961: Erfüllung der wichtigsten Wünsche

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) sagte einleitend, er habe heute das vierte Mal die Ehre, dem Gemeinderat einen Voranschlag vorzulegen. Der Entwurf wurde rechtzeitig vorberaten und war vom 2. bis 9. Dezember zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Von dem Recht der Einsichtnahme haben 21 Bürger Gebrauch gemacht, 17 Männer und vier Frauen. 14 Erinnerungen wurden abgegeben, die sich mit fast allen Verwaltungsgruppen beschäftigen. Der Referent stellte den Antrag, diese Erinnerungen den zuständigen Ausschüssen zur Erledigung zuzuweisen.

Bei der Aufstellung des Voranschlages habe man sich wieder an die Grundsätze der vergangenen Jahre gehalten: Erstens, welche Wünsche der Bevölkerung die dringendsten sind, zweitens, wieweit die Erfüllung dieser Wünsche unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage und der Kapazität der Wirtschaft technisch möglich sind, drittens, wieweit die Stadtverwaltung in der Lage ist, die an sie gestellten Anforderungen auch finanziell zu bewältigen und viertens schließlich mußte der Voranschlag wiederum eine sparsame Verwaltung sicherstellen.

Die Wünsche, die an uns herangetragen wurden, waren sehr groß und vielfältig. Hätten wir alle erfüllt, dann hätte das Budget einen Abgang von 1.250 Millionen Schilling aufgewiesen. Es war also eine sehr strenge Prüfung aller Wünsche notwendig. Dies geht schon daraus hervor, daß der endgültige Entwurf mit Ausnahme von unbedingt notwendigen Personalvermehrungen für Spitäler und Wohlfahrtsanstalten eine Reduktion um 106 Posten vorsieht.

Der Voranschlag rechnet also mit Einnahmen von 5.857,626.200 Schilling und Ausgaben von 6.032,575.500 Schilling. Der Abgang beträgt somit 174 Millionen Schilling, wobei aber für unvorhergesehene Ausgaben 100 Millionen Schilling eingesetzt sind, sodaß das Budget praktisch ausgeglichen ist.

Trotz der notwendigen strengen Prüfung konnten wir allen dringenden Wünschen der Bevölkerung Rechnung tragen. Wir sehen auch für 1961 den Bau oder die Förderung von 10.200 Wohnungen vor. (Beifall bei der SPÖ.) Weiter ist vorgesorgt, daß das Modernisierungsprogramm für die Volks- und Hauptschulen mit dem Ziel fortgesetzt wird, daß bis 1964 alle Kinder in modernen Schulen zum Unterricht gehen können werden. Bei den Spitälern haben wir vorgesorgt, daß endlich mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses begonnen werden kann; ferner ist der Ausbau des Wilhelminenspitals, des Triester Spitals und des Elisabethspitals vorgesehen. Insgesamt beträgt der Bauaufwand für Spitäler 133 Millionen Schilling. Ein besonderes Sorgenkind ist der Ausbau unseres Straßennetzes für den 185 Millionen veranschlagt wurden. 111 Millionen sind für den Brücken- und Wasserbau gedacht und 75 Millionen für Gärten und Parkanlagen.

Vizebürgermeister Slavik wies besonders auf den notwendigen Ausbau des linken Donauufers hin. Im 21. und 22. Bezirk sind große Bauaufgaben zu bewältigen, die Wasserversorgung und die Kanalisation sind sicherzustellen. Es wird notwendig sein, einen Plan aufzustellen, um diese wichtigen Aufgaben erfüllen zu können.

150 Millionen Schilling sind für den Bau der Schnellbahn eingesetzt, die Ende 1961 von Floridsdorf bis zur Philadelphiabrücke verkehren soll. Auch für den Bau der **dritten** Donaubrücke ist vorgesorgt.

Wir haben uns jedenfalls bemüht, auf allen Gebieten der Wirtschaft tätig zu sein und die Erfüllung der wichtigsten Wünsche unserer Bevölkerung sicherzustellen. ./.

Der Referent kommt sodann auf die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt zu sprechen, durch die auch eine leichte Steigerung des Voranschlages verursacht wurde. Man kann mit Freude auf die neue Rekordhöhe an Beschäftigten in unserer Stadt verweisen. Ende November waren in Wien 774.000 Menschen beschäftigt, das ist eine Steigerung gegenüber Oktober um 1.700 Personen. Die Arbeitslosenzahl ist mit 16.686 um mehr als 25 Prozent niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. (Allgemeiner Beifall.) Durch die günstige Entwicklung konnten auch Rücklagen geschaffen werden. Die Stadt Wien hat sich seit 1945 bemüht, Rücklagen zu ermöglichen, um jederzeit in der Lage zu sein, in Krisenzeiten tatkräftig Abhilfe zu schaffen. Wir hatten bereits 1949 Rücklagen von 403 Millionen. In den Jahren 1957 und 1958 mußten jedoch große Entnahmen erfolgen, da damals die Gefahr von größerer Arbeitslosigkeit bestand. In dieser Zeit wurden von den Rücklagen 238 Millionen für ein großzügiges Investitionsprogramm aufgebraucht. Da besonders das vergangene Jahr für die Stadtverwaltung sehr erfolgreich war, konnten die Rücklagen wieder ergänzt werden. Sie stiegen von 403 Millionen im Jahre 1949 auf 822 Millionen Schilling bis zum Jahre 1959 an. Wir können auch heuer wieder von einem ausgeglichenen Budget und Rechnungsabschluß sprechen. Die Rücklagen werden dazu dienen, in Zeiten wirtschaftlicher Rückschläge helfend einzugreifen und solche Krisenzeiten zu verhindern.

Vizebürgermeister Slavik kommt sodann auf die wirtschaftliche Lage des Bundes zu sprechen, die in letzter Zeit viel diskutiert wurde. Beim Bund hat es in den letzten elf Jahren nur zwei Jahre gegeben, in denen das Budget und der Rechnungsabschluß aktiv gewesen sind. Es waren dies die Jahre 1953 und 1954. Sicher waren auch bei der Erstellung des Voranschlages der Stadt Wien die Wünsche der einzelnen Sparten innerhalb der Stadtverwaltung weit aus höher, als es unsere finanziellen Möglichkeiten erlaubten. Man ist aber dann trotzdem zu einem guten und tragbaren Endergebnis gekommen. Wenn im Zusammenhang mit der Budgeterstellung in der Öffentlichkeit viel über die Entwicklung unserer Währung gesprochen wurde, so muß man dazu sagen, daß es bei der Währung immer gut ist, nicht viel über sie zu reden. Man muß aber entschieden feststellen, daß unsere Währung mit mehr als 100 Prozent gedeckt ist und noch nie so gut war wie heute. Auch der Vorwurf,

daß der Geldumlauf zu groß sei, wäre vollkommen ungerechtfertigt. Österreich steht hinsichtlich der Menge des Geldumlaufes an achter Stelle, gefolgt von Westdeutschland und Italien. Der Geldumlauf der Schweiz, die den höchsten hat, beträgt pro Kopf der Bevölkerung 7.727 Schilling, jener Österreichs 2.776 Schilling. Der österreichische Schilling ist gut.

Unsere Aufgabe als Stadt Wien ist es, weiterhin die günstige wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt und unseres Landes zu gewährleisten. Wir müssen alles tun, um unserer Wirtschaft zu helfen und die Integration Europas gut zu überstehen. Dazu gehört es, unsere Wirtschaft rechtzeitig konkurrenzfähig zu machen. (Allgemeiner Beifall.) Die Stadt Wien tut das unter anderem in Form der Förderung und Ansiedlung der Industrie und auch durch die Gewährung von Krediten an Handel und Gewerbe. Mit diesen Krediten können die Betriebe leistungs- und konkurrenzfähig gemacht werden. Unsere Wirtschaft hat heute die einmalige Chance, viel versäumtes nachzuholen. Wir müssen mit den anderen Städten konkurrieren können und den Auslandsmarkt erschließen. Aber auch die Kaufkraft und die Existenz unserer Bevölkerung muß gesichert bleiben. Alle diese Erwägungen wurden bei der Erstellung des Budgets berücksichtigt.

Unsere Einnahmen setzten sich aus den Ertragsanteilen, den Gemeindeabgaben und aus Gebühren und sonstigen Einnahmen zusammen. In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß der Bund der Gemeinde gar nichts gibt, wie so oft behauptet wird. Es gibt eben gemeinschaftliche Bundesabgaben, die so heißen, weil es Abgaben sind, die nach einem bestimmten Schlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt werden müssen. Aus den Ertragsanteilen erwarten wir 1,940 Millionen Schilling, aus den Gemeindeabgaben 1.184 Millionen Schilling und aus Gebühren und sonstigen Einnahmen 2.314 Millionen Schilling. 420 Millionen können laut Gemeinderatsbeschluß an Krediten aufgenommen werden. Von diesem Betrag werden 270 Millionen als Darlehen an die Wiener Stadtwerke weitergegeben. 150 Millionen sollen für die Vorfinanzierung des Baues der Schnellbahn Verwendung finden. Beim Schnellbahnbau erfolgten keine Einschränkungen, das Geld steht für alle durchzuführenden Arbeiten, die technisch möglich sind, zur Verfügung.



Es ist damit zu rechnen, daß Ende 1961 die Schnellbahn in Betrieb genommen werden kann. Die etwa noch fehlenden Züge werden durch Triebwagen der Bundesbahn ergänzt werden.

Der Personalaufwand wird 1.777 Millionen Schilling betragen, der Sachaufwand samt den abgegebenen Darlehen 2.316 Millionen und die einmaligen Investitionen 1.519 Millionen Schilling.

Der Finanzreferent beschäftigt sich dann mit den Eingenängen der städtischen Steuern und Abgaben. Sie werden im kommenden Jahr mit 1.184 Millionen angenommen. Auf Grund der Gewerbesteuerreform, bei der etwa 18.000 Wiener Gewerbetreibende freigegeben werden, ist mit einem Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen auf 500 Millionen Schilling zu rechnen. An Lohnsummensteuer werden 265 Millionen, an Grundsteuern 139 Millionen erwartet. Die Eingenänge aus der Vergnügungssteuer werden sich vermindern, und zwar auf 80 Millionen. Die Getränkesteuer wird dagegen von 110 Millionen auf 122 Millionen steigen. Hiezu bemerkt der Redner, daß die Stadtverwaltung keine Ursache habe sich über diese erhöhte Einnahmequelle zu freuen, denn sie hängt bedauerlicherweise mit der Ausweitung des Alkoholkonsums zusammen. Die Gemeinde Wien wird dadurch mit Ausgaben für Heil- und Pflegeanstalten belastet.

Die Gebühren und sonstigen Einnahmen werden mit 2.314 Millionen Schilling angenommen. Davon entfallen allein 554 Millionen auf den Leistungsaustausch der Verwaltungszweige untereinander, also um reine Verrechnungskosten, die sich kassenmäßig nicht auswirken.

Durch die Erhöhung der Anfangsbezüge und durch die Neuregelung der Nebenbezüge sowie die Einführung der 14. Kinderbeihilfe ist der Personalaufwand um 7,2 Prozent gestiegen und wird für das kommende Jahr mit 1.777 Millionen Schilling angenommen. Somit beträgt der Anteil des Personalaufwandes an den Gesamtausgaben 31,7 Prozent. Gegenüber 1960 ergibt sich eine Personalvermehrung um 369 Angestellte, die vor allem in den Spitälern und zum Teil auch in städtischen Kindergärten den Personalstand vermehren werden.

Zu den Ansätzen für das Bauwesen erklärt Vizebürgermeister Slavik, daß die nahezu zwei Milliarden Schilling, die für das Baugewerbe und die Baunebengewerbe vorgesehen sind, wieder die Schlüsselposition in unserer Bauwirtschaft einnehmen werden.

Die Stadtverwaltung hofft, sagte er, daß diese bereitgestellten Finanzmittel auf dem Bausektor zu keinen Preissteigerungen führen werden und daß sich unsere Bauwirtschaft bemühen wird, durch Rationalisierung der Baumethoden mit den ihr zufließenden Beträgen womöglich viel zu leisten. Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe Bauwesen werden mit 1.074 Millionen Schilling angenommen. Werden die aus den einzelnen Verwaltungsgruppen für die Sicherung der Vollbeschäftigung im Baugewerbe in Betracht kommenden Ansätze hinzugezogen, ergibt dies eine Summe von 1.96 Milliarden Schilling gegenüber 1.75 Milliarden im Jahre 1960.

Für unvorhergesehene Ausgaben werden im Budget 100 Millionen Schilling bereitgestellt.

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung werden mit 334,1 Millionen Schilling angenommen. Der Finanzreferent verwies hiebei auf einige große grundsätzliche Aufgaben, deren Durchführung mehrere Jahre in Anspruch nehmen werden. Er nannte vor allem die völlige Modernisierung der Wiener Schulhäuser, die bis 1964 abgeschlossen sein wird. Weitere Aufgaben der Schulverwaltung sind der Ausbau der Berufsschulen, vor allem der Neubau des dritten Zentralberufsschulgebäudes. Der Aufbau der Wiener Volksbildungshäuser wird fortgesetzt, das Theater an der Wien umgebaut, und es wird auch in Wien das erste Internationale Studentenheim entstehen.

Auch die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen sind gegenüber dem Vorjahr um 18,2 Millionen auf 458,4 Millionen Schilling gestiegen. Auf dem Gebiet der Betreuung unserer Jugend und unserer alten Mitbürger, sagte der Redner, werden manche Umstellungen notwendig sein. Es werden weitere Kindergärten gebaut und man wird sich auch um neue Formen der Unterbringung der Pensionisten und Rentner bemühen müssen. Als dringende Aufgaben nannte er den Umbau von Altersheimen und die Modernisierung der Lehrlingsheime.

Er verweist unter anderem auch darauf, daß der Aufwand der Erwachsenenfürsorge trotz der sinkenden Zahl der Dauerbefürsorgten im kommenden Jahr höher sein wird, wozu vor allem die Verbesserung der Fürsorgeleistung beitragen wird. Er weist dabei auf einen verbreiteten Irrtum hin, wonach die Gemeinde nach der Schaffung des ASVG keine Leistungen zu vollbringen hätte. In der Tat sind aber die Ausgaben für die Erwachsenenfürsorge nicht kleiner, sondern

größer geworden, allerdings bei wesentlich besserer Betreuung der Hilfsbedürftigen.

Bei den Wohlfahrts- und Krankenanstalten ergibt sich bei Ausgaben von 1.085 Millionen ein Abgang von 552 Millionen. Dieser war ursprünglich sogar höher angesetzt, aber wir haben schon 90 Millionen Mehreinnahmen im Hinblick auf die Neufestsetzung der Verpflegskosten eingesetzt. Wir haben in unseren Spitälern und Anstalten insgesamt 21.000 Betten, was immerhin der Einwohnerzahl einer verhältnismäßig größeren Stadt entspricht. Für das Allgemeine Krankenhaus sind 12,5 Millionen Schilling eingesetzt, was zusammen mit der Quote des Bundes 50 Millionen ergibt. Alle, die mit der Finanzierung dieses Projekts zu tun haben, beschleunigen es, weil jedes Jahr Verzögerung mehr erfordert. Aber wir können ein so großes Projekt nicht einfach einem Architekten übertragen, es müssen sich alle interessierten Architekten an einem Wettbewerb beteiligen können. Das neue Krankenhaus soll ja viele Jahrzehnte den Menschen dienen. Wenn es uns im Jahre 1961 gelingt, mit der endgültigen Planung fertig zu werden und die Ausschreibung vielleicht noch in die Wege geleitet werden könnte, dann könnten wir hoffen, daß man im Jahre 1962 im vollen Ausmaß mit dem Neubau beginnen kann. Immerhin wurde der Umbau der II. Chirurgischen und der I. Frauenklinik mit einem Aufwand von etwa 68 Millionen Schilling beschlossen. Damit werden die ersten zwei Kliniken modernisiert werden und allen Anforderungen entsprechen. Für Umbauten im Wilhelminenspital sind 45 Millionen, im Triester Spital neun Millionen vorgesehen, weitere Umbauten sollen im Rudolfspital und Elisabethspital vorgenommen werden. Insgesamt stehen für Baukosten an Spitälern 133 Millionen zur Verfügung.

Für das Bauwesen sind 1.074 Millionen präliminiert. Es ist, wie bereits gesagt, der Bau von 10.200 Wohnungen durch Wohnbauförderung, Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, Wiener Wohnbauaktion und kommunalen Wohnungsbau vorgesehen. Mit der Aufstellung von Fertigteilhäusern ist für das Jahr 1962 zu rechnen, womit dann die Baukapazität noch erweitert werden kann.

Für den Straßenbau sind 185 Millionen, für den Brückenbau 111 Millionen und für Gärten 75 Millionen veranschlagt. Beim Brückenbau ist die Weiterführung aller Bauarbeiten an den Donaukanalbrücken

berücksichtigt. Es sind auch Bemühungen im Gange, das linke Donauufer, Floridsdorf und Donaustadt rascher zu entwickeln, auch eine vierte Donaubrücke soll geplant werden. Vielleicht erleben wir es doch noch mit der Zeit, daß der Floridsdorfer und Donaustädter nicht mehr sagt, heute fahre ich nach Wien, sondern weiß, daß er ein echter Bestandteil Wiens ist. (Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Verwaltungsgruppe Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten sind 135,5 Millionen, somit um 13,3 Millionen mehr, veranschlagt. Ein besonderes Problem wird sich durch die neue Verkehrsordnung ergeben. Wir werden selbstverständlich auch weiter bemüht sein, Verkehrsampeln in größerer Anzahl anzubringen, aber wir stehen da vor der Frage, ob die Industrie sie herstellen kann und wir sie montieren können. Wenn sich mit der neuen Verkehrsordnung zusätzliche Erfordernisse ergeben, werden wir auch das zusätzliche Geld zur Verfügung stellen.

Der Verwaltungsgruppe Öffentliche Einrichtungen stehen 670 Millionen zur Verfügung. Eine besondere Sorge gilt der Wasserversorgung, insbesondere dem Bau einer dritten Wasserleitung. Für die Müllverbrennungsanlage sind weitere 60 Millionen vorgesehen.

Bei der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen sind Ausgaben von 241,7 und Einnahmen von 189 Millionen eingesetzt, sodaß sich ein Abgang von 52 Millionen ergibt. Läßt man aber die Abschreibungen und die wertvermehrenden Investitionen außer Betracht, dann ergibt sich, daß sich die Wohnhäuser der Stadt Wien selbst erhalten und nicht aus Steuermitteln subventioniert werden.

Weiter ist der Ausbau der Märkte und der Neubau von zwei Feuerwachen in Aussicht genommen.

#### Wien wird noch mehr Anziehungspunkt

Vizebürgermeister Slavik dankt dann allen jenen, die an der zeitgerechten Fertigstellung des Budgets mitgearbeitet haben, insbesondere auch dem kürzlich verstorbenen Oberamtsrat Riedl sowie allen Stadträten für die sachliche Mitarbeit. Er bittet um Annahme des Voranschlages und der damit zusammenhängenden Anträge und erklärt abschließend: Wir haben uns bemüht, die berechtigten Wünsche der Bevölkerung zu befriedigen. Der Voranschlag wird mithelfen, Wien weiterhin schöner und noch mehr zu einem großen Anziehungspunkt auch für den Fremdenverkehr zu machen. Wir haben auch die Voraussetzungen dafür ge-

schaffen, daß Gewerbe, Handel und Industrie weiterhin lohnende Aufträge erhalten und sie so die Arbeitsplätze der arbeitenden Bevölkerung sichern können. Dadurch wird das Leben der Wiener Bevölkerung immer besser und schöner gestaltet! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

#### Die Generaldebatte

GR. Lauscher (KLS) führt aus: Über die Investitionen kann sich jeder Wiener nur von ganzem Herzen freuen. Das ist aber nur die eine Seite des Voranschlages. Die andere ist die Tatsache, daß diese Leistungen vor allem aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung, aus ihren Steuergeldern, gezahlt werden müssen. Die ÖVP setzt hartnäckig die egoistische Klassenpolitik der Großkapitalisten, den Kamitz-Kurs, fort und wird dabei von der FPÖ sekundiert. Sie ist gegen die Heranziehung der Konjunkturgewinne zur Deckung der Mehrerfordernisse für den Ausbau der Sozialgesetzgebung. Mehr noch, sie lehnt einen entsprechenden Anteil der Massen an der Konjunktur ab. Wenn die ÖVP aber eine wirtschaftliche und soziale Besserstellung der arbeitenden Menschen nicht mehr vereiteln kann, wie zum Beispiel bei der Rentenreform, dann vertritt sie den Standpunkt, die Arbeiter und Angestellten sollen das aus der eigenen Tasche bezahlen, denn der Geldsack der Reichen darf nicht geschmälert werden.

Wie wurde die Bedeckungsfrage für die größeren sozialen Ausgaben im Bundesbudget gelöst? In erster Linie durch Neubelastungen der Massen, und zwar in einem Ausmaß, das weit über die Mehrerfordernisse hinausgeht. Der Staat wird nur 143 Millionen als Zuschuß zur Deckung der erforderlichen 600 Millionen für die erste Stufe der Rentenreform aufbringen müssen, aber ein Vielfaches durch die Steuer- und Tariferhöhungen einnehmen. Das ist ein glänzendes Geschäft. Die Erhöhung der Unternehmeranteile an den Sozialversicherungsbeiträgen ist bekanntlich für die Unternehmer keine Belastung, das ist für sie ein Kalkulations- und Kostenfaktor und wird auf die Preise überwälzt und verringert den steuerlichen Gewinn. Einer Neubelastung der Besitzenden von höchstens 184 Millionen steht eine Belastung der Arbeiterschaft von insgesamt 1.500 Millionen gegenüber. Die Partei der Unternehmer, die ÖVP, und die FPÖ können wahrlich triumphieren. Dabei sieht jeder, der es sehen will, wo die Fettaugen schwimmen, die eine soziale Finanz-

politik abschöpfen müßte. Der Redner wirft dem städtischen Finanzreferenten vor, daß er in den Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich gegenüber dem Bund nachgegeben habe. Er rechnet vor, daß zum Beispiel die Kosten für die Spitalserhaltung zu einer immer drückenderen Belastung werden. Der Bund steuert heute zur Spitalserhaltung weniger bei als in der Ersten Republik. Seine Partei stehe auf dem Standpunkt, daß der Bund Wien zu geben habe, was Wien gebührt. Sie lehne jede Mehrbelastung der Bevölkerung ab. Daher werde auch eine weitere Erhöhung der Straßenbahntarife nicht die Zustimmung der Kommunisten finden. Die Investitionen für die Verkehrsbetriebe können ganz einfach nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden.

GR. Lauscher warnt dann vor einer einseitigen Handelspolitik, die nur auf den kapitalistischen Westen ausgerichtet ist. Dadurch könnte die Vollbeschäftigung in Wien gefährdet werden.

Als am dringendsten bezeichnete der Redner das Althausproblem und das Verkehrsproblem. Die Zinserhöhungen auf das zehnbisvierzehnfache belasten besonders die sozial Schwächeren in einem unerträglichen Ausmaß. GR. Lauscher stellt einen Antrag auf eine rasche Gesamtlösung des Wiener Althausproblems, Außerkraftsetzung des Paragraph 7 des Mietengesetzes und Schaffung eines zentralen Reparaturfonds. Außerdem verlangt der Antrag für die Instandsetzung von Wohnhäusern zinsenlose Kredite mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Ein weiterer Antrag des Redners verlangt die Zusammenlegung der verschiedenen Fonds für die Wohnbauförderung und Vereinheitlichung der Darlehensgewährung. Seine Partei trete für ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz ein, das der Grundstücksspekulation Einhalt gebietet. Sie verlange auch die Wiederherstellung des Wohnungsanforderungsrechtes der Gemeinden und die Einführung der öffentlichen Kontrolle bei der Vergebung von Wohnungen.

GR. Lauscher beschäftigt sich dann mit Verkehrsfragen und setzt sich für ein modernes Verkehrskonzept ein. Er bemängelt, daß der in Aussicht gestellte Generalverkehrsplan auf sich zu lange warten läßt. Er ist der Meinung, daß verschiedene Maßnahmen unverzüglich in Angriff genommen werden sollten, so die Verlängerung einer Anzahl von Verkehrsverbindungen mit Anschluß an das Schnellbahnverkehrsnetz, die Anschaffung moderner Straßenbahnwagen und vor allem die Herstellung einer Tarifeinheit.

Zum Personalwesen erklärt der Redner, daß die Unzufriedenheit der städtischen Bediensteten mit ihrer Entlohnung schon des öfteren in Protestversammlungen zum Ausdruck gebracht worden sei. Die Stadtverwaltung möge die berechtigten Forderungen rasch erfüllen. Zum Thema Schulverwaltung erklärt er, daß die schon längst fällige Schulreform von größter Bedeutung ist.

Er kommt dann auf Österreichs Neutralität und Unabhängigkeit und im Zusammenhang damit auf die Frage der Sicherung des Weltfriedens zu sprechen. Er meint, daß auch der Wiener Gemeinderat seine Stimme gegen die Atomaufrüstung in Westdeutschland erheben müsse. Die in Wien abgehaltene Berlin-Woche unter der Teilnahme von Willy Brandt bezeichnete er als Propaganda für Westberlin und bezeichnete im Zusammenhang die DDR als den wahren Beschützer der österreichischen Interessen, der auch ohne Einschränkungen die Unabhängigkeit Österreichs anerkennt. (Im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen über die DDR kommt es zu Protestrufen. Vorsitzender GR. Marek ersucht den Redner zum Budget zu sprechen.) GR. Lauscher kommt dann noch auf einige politische Erscheinungen in der österreichischen Innenpolitik zu sprechen. Er verurteilt die Propaganda für ein Rumpfeuropa, den Militarismus und für die Habsburger. Abschließend erklärte er, daß seine Fraktion den Ansätzen nicht zustimmen werde.

Als nächster Redner nimmt GR. Dr. Schmidt (FPÖ) zum Budget Stellung. Er erklärt, daß der Voranschlag und der Abgang fast derselbe wie im vergangenen Jahr ist, abgesehen von einem leichten Absinken der gemeindeeigenen Abgaben. Gleichzeitig bedauert er die Erhöhung von einigen Gebühren und Tarifen, die im Budget auf Kosten der Bevölkerung vorgenommen werden. Er begrüßt die Senkung der Vergnügungssteuer für Sportveranstaltungen. Was die höheren Ansätze der Getränkesteuer betrifft, meint der Redner, die Gemeinde Wien müßte die Initiative für die Einschränkung des Alkoholismus ergreifen, und zwar dadurch, daß sie alkoholfreie Getränke von der Getränkesteuer befreit. In seinen weiteren Ausführungen begrüßt er die erhöhten Ausgaben für den Wohnungsbau, für den Schulbau und für das Wohlfahrtswesen.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Finanzausgleich, der, wie er erklärt, die Gemeinde Wien in Abhängigkeit zu den Finanzen des Bundes bringt. Angesichts der defizitären Entwicklung der Wirtschaft des Bundes bezeichnet er dies als wenig erfreulich. Die Budget-

krise im Herbst dieses Jahres wäre in Wahrheit weder eine Budgetkrise noch eine Regierungskrise, sondern eine Krise des Koalitionssystems gewesen. Dabei konnte man sehen, daß in entscheidenden Fragen jede der beiden Regierungsparteien sich etwas anderes gewünscht hat. Jetzt muß der kleine Mann die im Parlament beschlossenen Steuern und Tarife tragen. Die optimistische Beurteilung des neuen Bundesbudgets wird von namhaften Fachleuten nicht geteilt und die Gemeinde Wien sollte sich daher hüten, vom Bund höhere Einnahmen zu erwarten. Es ist klar, daß die finanziellen Belastungen des Bundes sich auch auf die Wiener Bevölkerung fühlbar auswirken werden. Auch die österreichische Außenpolitik müßte als verfehlt bezeichnet werden. Ab 1961 wird im EWG-Raum eine 20prozentige Zollsenkung eintreten, die sich sehr nachteilig auf unseren Export und damit auch auf die Wirtschaftskraft unserer Industrie- und Gewerbebetriebe auswirken wird. Und gerade in dieser Situation beraten wir den Voranschlag für 1961, der weitgehend vom Bund abhängig ist, sind doch unsere Einnahmen eng mit denen des Bundes verknüpft. Von Seiten des Bundes werde immer wieder versucht, seine Schuldenwirtschaft auf die Länder und Gemeinden zu übertragen. Es wäre aus diesem Grunde eine verfassungsrechtliche Änderung in der Form anzustreben, daß die Regelung des Finanzausgleiches auch von der Zustimmung der Landtage abhängig ist. Zum Voranschlag der Gemeindeverwaltung sei zu sagen, daß es die Freiheitliche Partei weitaus lieber gesehen hätte, wenn man für größere Rücklagen gesorgt hätte, damit etwaige Konjunkturschwankungen besser überbrückt werden können. Die augenblicklichen Rücklagen reichen nicht einmal aus, um den Verwaltungsaufwand von zwei Monaten zu sichern. Ein wunder Punkt im Voranschlag sei die Defizitwirtschaft der Verkehrsbetriebe. In irgendeiner Form wird man in Zukunft auf die Mittel der Hoheitsverwaltung zurückgreifen müssen, um eine Gesundung der Betriebe herbeizuführen. Es zeigt sich, daß die Tarifierhöhungen der Jahre 1955 und 1958 in keiner Weise eine Verbesserung gebracht haben. Der Redner verweist auf die Grazer Verkehrsbetriebe, deren Situation ähnlich war und die nun als neugegründete Stadtwerke AG sogar schon einen Überschuß erzielen konnten.



Der Redner kommt sodann auf die veranschlagten Ausgaben zu sprechen und stellt fest, daß auch in diesem Budget seit langem viele offene Fragen keine Berücksichtigung gefunden haben. In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, ob es notwendig ist, eine Stadthalle zu bauen, ein Museum oder ein Großrestaurant, das Stadion aufzustocken usw. zu einer Zeit, wo auf dem Sektor des Wohnungs- und Gesundheitswesens, der Verkehrssanierung, des Straßenbaues, der Wasserversorgung usw. noch viele offene Fragen sind. Bedauerlich sei das Fehlen eines einheitlichen Konzepts auf dem Sektor der Verkehrsplanung. Man wendet bedeutende Mittel für verschiedene Verkehrsbauwerke auf. Sind diese Bauwerke aber alle im Einklang mit dem kommenden Generalverkehrsplan? Seit Jahren wird vom Umbau der Lastenstraße und des Karlsplatzes gesprochen. Was ist aber auf diesem Gebiet schon geschehen? Man hört immer wieder, daß es zu Meinungsverschiedenheiten in der Stadtplanungskommission kommt. Dadurch weiß man auch bis heute nicht, wo die West- und die Südeinfahrt der Autobahn nun wirklich gepant sind. Der Großstadtverkehr wird immer stärker und die Schaffung eines Generalverkehrsplanes immer dringender. Auch der Schnellbahnbau gehe nicht im gewünschten Tempo weiter. Die Herstellung einer raschen Verbindung zwischen den einzelnen Bezirken ist nach wie vor Wunsch der Bevölkerung. Man hat über die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene bereits gesprochen, leider ist aber auf diesem Gebiet nichts unternommen worden. Der Bevölkerung wäre es gleichgültig, ob eine Alweg- oder eine U-Bahn gebaut würde, es soll nur eine von beiden endlich einmal in Angriff genommen werden. Was für den Generalverkehrsplan gilt, gilt grundsätzlich auch für die Stadtplanung. Professor Rainer wurde 1958 beauftragt, innerhalb von drei Jahren ein Konzept auszuarbeiten. Leider hat man von diesem Konzept noch nichts gehört und es besteht die Sorge, ob sich die Tätigkeit des Stadtplaners wirklich fruchtbringend entwickeln kann. Es wäre zu wünschen, daß Professor Rainer die Möglichkeit erhielte, einmal die Gemeinderäte über die Grundzüge seines Planes zu informieren. Auch auf dem Wohnungssektor müßte etwas geschehen. Die Schaffung von 10.200 Wohnungen ist zu begrüßen. Diese Zahl könne aber nicht als ausreichend bezeichnet werden. Es müßten neue Gedanken und Wege gesucht werden, um den vorhandenen Wohnraum zu annehmbaren Bedingungen der Bevölkerung zur Verfügung

zu stellen, Die Ausgaben auf dem Gesundheitssektor sind groß. Die Freude über die Verringerung des Abganges bei den Krankenanstalten werde aber durch die Tatsache getrübt, daß die Spitalsgebühren erhöht wurden. Es sei bedauerlich, daß dem Kranken zur Sorge um seine Gesundheit nun auch die Sorge um die finanzielle Leistung aufgebürdet werde. Sehr bedauerlich sei auch die Verzögerung des Neubaues des Allgemeinen Krankenhauses. Stadtrat Thaller kündigte den Baubeginn vor Jahren bereits für 1958 an und nun ist noch immer nichts geschehen.

Für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung sind die Ansätze um zehn Prozent erhöht worden, gemessen an den Gesamtausgaben ist der Prozentsatz hierfür jedoch wieder nur 5.5. Wir sind sehr einverstanden mit der Modernisierung der Schulen und mit den Maßnahmen zur Sportförderung. Diese seien allerdings nur dann begrüßenswert, wenn bei der Vergabe der Subventionen nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern objektiv vorgegangen wird. Wien ist die europäische Großstadt am Eisernen Vorhang und sie hat völkerverbindende Aufgaben. Das darf aber nicht dazu führen, das Wesen dieser Stadt zu verändern und ihr einen fremden Lebensstil aufzudrängen. Diese Stadt ist stets Wahrerin deutsch-österreichischer Wesensart und Kunderin abendländischer Kultur. Sie soll es auch bleiben. Daher sollte nur solches künstlerisches Schaffen unterstützt werden, das bewußt europäischer Geisteshaltung entspringt. Wir sind für absolute Schaffensfreiheit, müssen aber verlangen, daß Gelder für die Kunstförderung nur im Interesse der Bevölkerung ausgegeben werden dürfen. Wir sagen ja zur Modernisierung unserer Schulen, wir sagen aber nein zur Modernisierungswelle, die da über den Ozean zu uns kommt.

Die demokratische Oposition in diesem Haus wird das Wirken der Mehrheit überall dort unterstützen, wo es einer planvollen und umsichtigen Überlegung entspringt. Aber gerade diese können wir aus einem defizitären Voranschlag nicht herauslesen. Aus diesem Grunde werden wir diesem Voranschlag die Zustimmung verweigern, was uns allerdings nicht hindern wird, einzelnen Verwaltungsgruppen zuzustimmen.

GR. Walzer (ÖVP) führt aus: Wir sind die Verwalter des Fleißes der Wiener Bevölkerung. Wenn wir uns dieser Verantwortung

stets bewußt sind, dann werden wir alle Fragen sachlich, in Ruhe und objektiv behandeln und so zu einem positiven Ergebnis kommen. Alle Kritik und Anregungen meiner Fraktion zu diesem Budget sind in diesem Sinne zu bewerten.

Dem Budget haften zwei Schönheitsfehler an: die Tatsache, daß es weder den Gemeinderäten, noch den Bezirksvertretungen möglich war, an seiner Erstellung mitzuarbeiten, und der Zeitpunkt seiner Vorlage. Es wäre äußerst vorteilhaft, wenn den Mandataren in Zukunft die Möglichkeit gegeben würde, an der Budgeterstellung mitzuwirken. Dadurch könnten den Fachleuten die Wünsche der Bevölkerung nähergebracht und die Wünsche mit den effektiven Möglichkeiten der Gemeinde Wien abgestimmt werden. Die späte Erstellung wiederum bringt Nachteile auf dem Wirtschaftssektor, da die öffentlichen Ausschreibungen und Arbeitsvergaben erst im späten Frühjahr erfolgen können. Dadurch entstehen der Wirtschaft und der Gemeinde Mehrkosten. Es wäre zu untersuchen, ob das Geschäftsjahr nicht bis 31. März oder 30. April laufen sollte.

Es ist erfreulich, daß sich die Verantwortlichen bei der Erstellung des Budgets vom Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht haben leiten lassen. Es wäre nur zu begrüßen, wenn sich die Sozialisten auch im Bund, wo sie nicht den Hauptteil der Verantwortung tragen, davon leiten ließen und dort nicht eine Lizitationspolitik verfolgten. Allerdings können wir uns nicht des Eindrucks erwehren, daß verschiedene Voranschlagspositionen unter Außerachtlassung der realen Möglichkeiten erstellt wurden. So hat es keinen Sinn, Mittel für den Bau von 4.500 kommunalen Wohnungen zur Verfügung zu stellen, wenn man sich schon heute ausrechnen kann, daß die nötige Arbeitskapazität und die erforderlichen Baumaterialien gar nicht vorhanden sind, um dieses Soll zu erreichen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Geld für doppelt so viele Wohnungen zur Verfügung gestellt werden könnte, aber dann müssen die Voraussetzungen gegeben sein. Daher sollen die Mittel dorthin verlagert werden, wo sie dringendst notwendig sind, zum Beispiel bei den städtischen Verkehrsbetrieben: denn die Bevölkerung hat das größte Interesse, daß dort die Sicherheit für die Fahrgäste und das Personal hergestellt wird.

Bei der Stadtplanung soll die Gemeinsamkeit der Arbeit am stärksten zur Geltung kommen, und der Bürger soll die Möglichkeit haben, seine Existenz in die Stadtplanung einzuordnen. Diese Planung soll aber auch die Richtlinien für die Behörden geben. Jeder muß aus der Planung entnehmen können, daß bei der Entwicklung unserer Stadt gleiches Recht für alle gilt. Äußerst aktuell sei in Wien das Problem der U-Straßenbahn. Es wird nur schrittweise zu verwirklichen sein. Dabei muß dafür gesorgt werden, daß keine Fehlinvestitionen erfolgen. Überall dort, wo nicht die Gefahr einer Grundstückspekulation besteht, soll die Planung möglichste Publizität erhalten. Wir hoffen, daß der Generalverkehrsplan, wie versprochen, im Juli 1961 vorgelegt werden wird.

Ein anderes wesentliches Problem ist das der Gemeindwohnungen. Meine Fraktion hat schon immer den Standpunkt vertreten, daß jedem geholfen werden soll, der aus eigener Kraft nicht in der Lage ist, einen familiengerechten Wohnraum zu zahlen. Andererseits aber soll jeder, der es sich leisten kann, für seinen Wohnraum zahlen.

Auf dem Sektor der Kultur- und Volksbildung sind an die Stelle der Mäzene öffentliche Förderungsmittel getreten. Da die Gesamtheit der Bevölkerung sie aufbringt, muß verlangt werden, daß sie ohne parteipolitische Einflußnahme und ohne Reglement vergeben werden. Wien hat ein großes Kulturerbe zu verwalten, und wir müssen daher größten Wert auf die Erhaltung des historischen Stadtbildes legen. Dazu gehört selbstverständlich die entsprechende Pflege kulturell wertvoller Baudenkmäler.

Auf dem Gebiet der Jugenderziehung und Jugendförderung könne nicht genug getan werden. Selbstverständlich bleiben die Familie und die Schule der Haupterziehungsfaktor. Leider erfüllt manches Elternhaus die Erziehungspflicht nur ungenügend. Hier muß die öffentliche Hand eingreifen, aber auch die Bestrebungen der privaten Institutionen auf diesem Gebiet sollen gefördert werden. Bedauerlich ist, daß Wien im Gegensatz zu anderen Bundesländern noch immer kein modernes Jugendschutzgesetz hat. Besonders wichtig wäre die Bekämpfung des Alkoholismus. Es müßte doch möglich sein, die Getränkesteuer für alkoholfreie Getränke aufzuheben. Auch eine nachhaltige und wirksame Aufklärung über die Gefahren des Alkoholismus und des Nikotinmißbrauches wäre notwendig. Allerdings solle man

nicht in das andere Extrem fallen, und alles, was nach Alkohol riecht, in Grund und Boden verdammen.

Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß nun der Baubeginn für das neue Allgemeine Krankenhaus nicht mehr länger verzögert werden wird und sprach dann über verschiedene gesundheitliche Fragen, im besonderen über die Lärmbekämpfung und über Maßnahmen zur Verbesserung der Großstadtluft.

Abschließend beschäftigte sich GR. Walzer mit dem Problem der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien im Wiener Rathaus. Er sei überzeugt, betonte der Redner, daß es nur in der Zusammenarbeit möglich sein wird, den Problemen der Stadtverwaltung gerecht zu werden. Die ÖVP hat aber manchmal bei den Sozialisten den Willen zur Zusammenarbeit vermissen müssen. Die Sozialisten übersehen, daß die Volkspartei immerhin von 332.000 Wienern gewählt wurde. Und diese Menschen haben selbstverständlich das Recht, ihre Ansichten in diesem Haus entsprechend vertreten zu sehen. Die SPÖ betrachtet uns jedoch anscheinend als Wiener zweiter Kategorie. Erst vor wenigen Stunden hat Stadtrat Maria Jacobi in ihrem Ausschuß ein Musterbeispiel an mangelndem Koalitionsgeist vor Augen geführt.

Die Volkspartei weiß, daß die Sozialisten die Mehrheit haben, aber sie verlangt, daß ihre Wähler respektiert werden.

Der Redner erinnert daran, daß seine Partei schon wiederholt auf die undemokratische Verfassung der Stadt Wien aufmerksam gemacht habe. Geschehen sei aber nichts, außer daß vor kurzem die alte undemokratische Verfassung neu gedruckt worden ist. Oder: anlässlich des Besuches des Berliner Bürgermeisters war im „Amtsblatt der Stadt Wien“ ein Programmpunkt angeführt "Empfang durch den Parteivorstand der SPÖ in den Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses." Was hätte man zu einem Programmpunkt gesagt "Empfang durch den Parteivorstand der ÖVP in den Repräsentationsräumen des Bundeskanzleramtes" (GR. Bock, SPÖ: Gar nix!) Ihr Wort in Gottes Ohr, erwidert darauf GR. Walzer.

Wesentlich ist, so schloß der Redner, daß die Liebe zu dieser Stadt und das Bewußtsein zur Verantwortung, die Geschicke dieser Stadt mitzubestimmen, stark genug sind, um über alles Trennende hinweg eine Brücke zu bauen. Nur eines ist wichtig und das ist das Wohl dieser Stadt, der Stadt Wien. Und in diesem Sinne gebe seine Fraktion die Zustimmung zu dem Budget für das Jahr 1961.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) erinnert einleitend daran, daß Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik heuer zum viertenmal dem Gemeinderat das Budget vorlegt. Sein Budget beweist, daß er jede Frage kritisch prüft und daß seine Finanzpolitik auf den bewährten Grundsätzen der Wiener Gemeindeverwaltung beruht. Ein öffentlicher Haushalt muß im wesentlichen nach dem Prinzip eines privaten Haushaltes geführt werden. Wenn GR. Dr. Schmidt als Redner der FPÖ vom Finanzausgleich behauptet, daß er uns die Abhängigkeit zum Bund bringt, dann empfiehlt der Redner, diesen Finanzausgleich so zu sehen, wie er wirklich ist. Man darf dabei nicht übersehen, daß es ein Erfolg Slaviks ist, wenn es ihm als Verfechter einer Finanzpolitik gelungen ist, den Finanzausgleich auf fünf Jahre zu sichern. Das gibt auf Jahre hinaus die Gewißheit, daß die Finanzaufteilung gesichert ist.

GR. Dr. Stemmer beschäftigt sich dann zunächst mit den Ausführungen des ÖVP-Redners über die Zusammenarbeit der beiden Parteien und stellt fest, daß sich die Wiener bei den Wahlen zu dem im Programm der SPÖ enthaltenen Konzept entschieden haben, das aber nicht spezifisch sozialistische Forderungen, sondern allgemeine Notwendigkeiten enthält. Sein sozialistischer Grundgedanke ist die Verbesserung des Lebens jedes einzelnen.

Hier steht wieder an der Spitze die Lösung des Wohnungsproblems. Der Redner bedauert, daß die derzeitigen technischen Möglichkeiten der Stadtverwaltung keine raschere Erfüllung des Bauprogramms gestattet. Er erinnert daran, daß der Krieg 87.000 zerstörte Wohnungen hinterlassen hat. Hätte nach 1934 die damalige Stadtverwaltung nur annähernd so weitergebaut, wie es die Sozialisten in den Jahren vorher getan haben, dann wäre das Wohnen wahrscheinlich nicht mehr das Problem Nummer eins. Wir können heute erwarten, daß in absehbarer Zeit in Wien die Erbschaft der "guten alten Zeit" liquidiert sein wird.

Der Redner kommt dann auf die Sparsamkeit in der Verwaltung zu sprechen und begrüßt es, daß sich die Rücklagen der Gemeinde Wien erhöht haben. Im Zusammenhang erinnert er an den Inhalt des ÖVP-Plakates, in dem der Gemeinde Wien die gehortete Rathausmilliarde vorgeworfen wurde. Im Gegensatz dazu hat der Bund 20 Milliarden Schilling Schulden.

Untersucht man die Ursachen, die zu den 20 Milliarden Schulden geführt haben, dann müßte man die Quelle hiefür nicht auf der Ausgabenseite, sondern auf der Einnahmenseite suchen. Es spricht für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik der Wiener Stadtverwaltung, wenn die Stadt Wien im Gegensatz zum Bund Rücklagen hat.

Der Redner beschäftigt sich dann mit den Ausführungen seines Vorredners über die Frage der Zusammenarbeit im Wiener Gemeinderat. Das Datum Dezember 1960 müsse in eine Relation zum gleichen Zeitraum der Ersten Republik gesetzt werden. Das bedeutet den Dezember 1934. Im Vergleich zu damals ist innenpolitisch aber doch ein gewaltiger Unterschied festzustellen. Die demokratischen Parteien haben nach 1945 aus der Vergangenheit Lehren gezogen, deren wichtigste mir scheint, daß es ungünstig ist, wenn eine Partei allein regiert, noch dazu wenn sie nicht einmal die notwendige Mehrheit hat. Er führt dann einige Beispiele aus der Ersten Republik an und bezeichnet den Entschluß zur Zusammenarbeit als das größte Positivum von 1945. Es ist bezeichnend, daß zwei Gruppen, nämlich die FPÖ und die Kommunisten, die jetzige Zusammenarbeit am meisten kritisieren. (Zwischenrufe der Kommunisten.) Sie hat uns das Schicksal aller unserer östlichen Nachbarn erspart. Den Kommunisten wird es am wenigsten gelingen, uns aus der Koalition hinauszudrängen!

GR. Dr. Stemmer beschäftigt sich dann mit den Bestrebungen um die Zertrümmerung der Koalition. Die Ansatzpunkte dieser Campagne sind die Linzer Protokolle des Akademikerbundes, worin vier Variationen vorgeschlagen werden, nämlich einen möglichst koalitionsfreien Raum, eine Koalition ohne Bindung, eine Dreier-Koalition oder eine Koalition ÖVP - FPÖ. Er stellt mit Genugtuung fest, daß diese Bestrebungen auch innerhalb der ÖVP Anlaß zur Selbstkritik gegeben haben. Es war auf beiden Seiten nicht leicht, den gemeinsamen Weg zu finden. In Wien, wo die SPÖ immer die Mehrheit gehabt hat und von Wahl zu Wahl immer stärker wird, sind die Sozialisten überhaupt nicht auf irgendeine Mitwirkung in der Stadtverwaltung angewiesen.

Er erinnert daran, daß zuletzt die Zusammenarbeit im Gemeinderat nicht von den Sozialisten, sondern von der ÖVP in Frage gezogen wurde, und zwar nach den Wahlen 1959. Die Österreichische Volkspartei hat sich im Wahlkampf den Sozialisten gegenüber schlecht benommen. Sie warf ihnen vor, daß sie miserabel wirtschaften, die Wohnungspolitik ein europäischer Skandal sei, die Wiener Sicherheitsverhältnisse erschreckend wären und vieles andere mehr. In letzter Zeit beschäftigte sich der ÖVP-Pressedienst mit der Sanierung der Verkehrsbetriebe und knüpft daran Bedingungen. Die Volkspartei werde die Interessen der Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel vertreten. Hiezu ist zu sagen, daß der Wiener Gemeinderat die Interessen der Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel vertritt. Nach dem Wahlprogramm der Sozialisten rangiert an erster Stelle das Wohnbauprogramm und gleich an nächster Stelle die Lösung der Fragen des öffentlichen Verkehrs, weil sie dafür maßgebend sind, daß die Menschen ihren Arbeitsplatz, beziehungsweise ihre Wohnung rasch erreichen und dadurch keine zu große Verlängerung ihrer Arbeitszeit erfahren.

Wenn der FPÖ-Redner meinte, daß die Budgets der Jahre 1960 und 1961 einander sehr ähnlich seien, ist dazuzu sagen, daß bei gleichbleibender wirtschaftlicher Entwicklung vermutlich die Budgets der folgenden Jahre auch nicht viel anders aussehen werden. Die Sozialisten haben ein Arbeitsprogramm für fünf Jahre erstellt. Bei einer Gegenüberstellung des Arbeitsprogrammes und des Budgets zeigt sich, daß jeder einzelne im Programm enthaltene Punkt bereits in Ausführung oder Planung ist. (Beifall bei den Sozialisten.) So sind für eine zielbewußte Investitionspolitik 1.5 Milliarden Schilling bereitgestellt und in fünf Jahren 45.000 Wohnungen gebaut worden. Auch der Ankauf von Grundstücken für die öffentlichen Bauvorhaben wird weitergeführt. Es sind hierfür 70 Millionen vorgesehen. Für die Modernisierung des Straßennetzes sind 185 Millionen veranschlagt.



GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meinte, daß es sich bei verschiedenen Straßenbauvorhaben vielleicht um hinausgeworfenes Geld handle, da diese Bauten durch das Fehlen des Generalverkehrsplanes vielleicht nicht den künftigen Notwendigkeiten entsprechen. Sicher wäre es gut, hätte man bereits einen solchen Plan. Es ist aber sehr schwer, für eine historisch gewachsene Stadt in kurzer Zeit einen Plan zu erstellen. Es wäre aber unmöglich, mit den Straßenbauten zu warten, bis ein entsprechender Generalverkehrsplan ausgearbeitet ist. Die gegenwärtigen Vorhaben stehen aber kaum im Widerspruch zu einem künftigen Plan. Hier sind noch große Vorarbeiten und das Abwägen vieler Interessen notwendig. Daß die Politik der Gemeindeverwaltung für wirtschaftlich gesicherte Verhältnisse und eine gesunde Familienpolitik sorgt, zeigt die Tatsache, daß die Geburtenzahlen in Wien ständig steigen. Die Gemeindeverwaltung schafft aber auch alle Einrichtungen, um den Kindern eine glückliche Jugend zu gewährleisten. Es werden Kindergärten, Schulen, Spielplätze, Grünflächen und Bäder geschaffen. Jährlich kommen eine halbe Million Quadratmeter neue Grünflächen dazu. Auch auf dem Sektor des Spitalsbaues wurde verantwortungsbewußt geplant. Der Umbau und Neubau des Wilhelminenspitales wurde zu einem Zeitpunkt begonnen, zu dem die Pläne für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses noch nicht fertig waren. Es wird also die notwendige Bettenreserve mit Beginn des Neubaus vorhanden sein. Für den Bau eines Pensionistenheimes wurde gleichfalls Vorsorge getroffen. Die Ansätze für den Ausbau der Trinkwasserversorgung zeigen gleichfalls, daß im Rahmen des Möglichen alles getan wird. Es ist also kein einziger Punkt des Arbeitsprogrammes unberücksichtigt geblieben.

Der Redner kommt sodann auf den Vorwurf zu sprechen, daß im Radio und Fernsehen zu viele sogenannte "Belangsendungen" gebracht werden. Er erachte es jedoch als wichtig, daß sich der Staatsbürger mit den ureigensten Interessen, die sein Leben berühren, beschäftigt. Dies zu erreichen sei eine Lebensfrage der Demokratie und eine Erziehungsarbeit, die unbedingt geleistet werden muß. Und wer hier mithilft, dem müsse man Dank zollen. Die 47 Milliarden, die der Bund ausgibt und sechs Milliarden, die die Stadt Wien aufwendet, sind etwas, das die Allgemeinheit interessieren muß. Das Positive der Budgetdebatte sei, daß die Angelegenheiten der Stadtverwaltung

in aller Öffentlichkeit verhandelt, erläutert, diskutiert und vielfach auch kritisiert werden. Ernstzunehmende Einwände werden immer Berücksichtigung finden. Es sei sehr notwendig, nicht nur die Zusammenarbeit zu pflegen, sondern in den Menschen das Bewußtsein zu wecken, daß die Demokratie unter all den Staatsformen, die es gibt, doch die beste, die wertvollste und die sicherste ist. Wir haben ein Interesse daran, daß die Bevölkerung mitgeht, mitdenkt und mit uns verwaltet. Die Verwaltung hat die Verpflichtung, die Wünsche der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen, sie zu prüfen und im Rahmen des möglichen zu erfüllen. Seine Fraktion werde dem Voranschlag zustimmen, da er unter den gegebenen Voraussetzungen den Erwartungen im größten Ausmaße weitestgehend entspricht. (Beifall.)

Vizebürgermeister Slavik dankt in seinem Schlußwort für die Stellungnahmen zum Voranschlag 1961. Aus den Worten der einzelnen Redner konnte man entnehmen, daß die Mehrheit des Hauses den Ansätzen ihre Zustimmung gibt. Von den einzelnen aufgeworfenen Problemen betrifft eine große Zahl Bundesangelegenheiten oder Dinge, die bei der Geschäftsgruppe XII, den Städtischen Unternehmungen, erörtert werden sollen.

Schon die Auffassung des GR. Lauscher über die Aufbringung der Steuern ist falsch. Der größte Teil unserer Einnahmen stammt aus der Gewerbesteuer, der Lohnsummensteuer, der Grundsteuer und der Vergnügungssteuer und nicht von Lohnempfängern. Sollte er das Bundesbudget gemeint haben, das hier gar nicht zur Diskussion steht, dann ist zu sagen, daß sich bei den Steuersätzen nichts zu Ungunsten der Lohnempfänger geändert hat. Der Zuschlag bei der Sozialversicherung trifft wohl zur Hälfte die Lohnempfänger, die Rentenreform, die Verbesserung der Existenz unserer alten Mitbürger ist uns aber soviel wert, daß wir bereit sind, eine Solidaritätsleistung zu übernehmen. Und was den Vorwurf anlangt, ich hätte auf Anteile aus der Warenumsatzsteuer und der Mineralölsteuer verzichtet, muß ich erwidern, daß ich auf nichts verzichtet habe und der neue Finanzausgleich auf beiden Gebieten eine Verbesserung für die Länder und Gemeinden gebracht hat.

Wenn GR. Lauscher auf die wirtschaftliche Entwicklung Ost-West hingewiesen hat, so ist zu sagen: Natürlich fällt es uns leichter, Handelsverträge mit westlichen Staaten als mit Oststaaten abzuschließen, schon deshalb, weil wir die Waren wollen, die wir

brauchen können, und nicht jene, die die anderen anbringen wollen. Man soll auch vorsichtig sein, die Integration als eine Integration Kleineuropas darzustellen. Wir würden uns freuen, könnten alle Völker Europas frei darüber entscheiden, ob sie an einem freien Europa teilnehmen wollen oder nicht.

Ich bedaure es ebenfalls, daß die Mietzinsreserven aufgebracht wurden. Aber man kann den Mietern nicht oft genug sagen: Paßt doch auf, daß sie nicht verbraucht werden. Denn auch die Mehrheit der Mieter ist berechtigt, einen Antrag zu stellen, daß Reparaturen durchgeführt werden. Nur wenn die Mietzinsrücklage länger als fünf Jahre liegenbleibt, ist der Hausbesitzer berechtigt, darüber zu verfügen.

Was den ersten Antrag des GR. Lauscher, betreffend Verlängerung der Rückzahlungsfristen anlangt, ist zu sagen, daß wir in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen die Frist auf 15 Jahre ausdehnen. Es generell zu tun, wäre eine zu starke Belastung für die Gemeindeverwaltung. Daher muß ich den Antrag zur Ablehnung empfehlen. Auch den zweiten Antrag empfehle ich abzulehnen, da es sich hierbei um ausgesprochene Bundesprobleme handelt.

Ich weiß, die großen Leistungen der Gemeindeverwaltung in der Ersten Republik auf dem Sektor des sozialen Wohnungsbaues zu schätzen. Aber wir müssen auch darauf aufpassen, daß die Leistungen der Zweiten Republik nicht durch die Kommunisten geschmälert werden. Von 1923 bis 1934 haben wir rund 59.000 Wohnungen fertiggestellt, mit den Siedlungsbauten waren es 62.000 Wohnungen. In der Zweiten Republik konnte nun die 60.000. Wohnung übergeben werden. Dazu kommt noch die Bautätigkeit des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und die genossenschaftliche Wohnbautätigkeit, mit der jene der Ersten Republik in gar keinem Vergleich steht. Bis jetzt wurden mehr als 30.000 genossenschaftliche Wohnungen fertiggestellt. Das zeigt, daß auf dem Wohnbausektor erfolgreicher gewirtschaftet werden konnte als in der Ersten Republik.

Die Debatte über Rüstungsfragen wäre wohl zweckmäßiger auf der Bundesebene und auf internationaler Ebene zu führen. Der GR. Lauscher soll vorsichtig sein, wenn er über die Einladung des Berliner Bürgermeisters spricht. Denn vor uns hat Chruschtschew Bürgermeister Brandt eingeladen. Warum dürfen wir nicht tun, was Ihr hoher Chef tun darf? (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ)

Wir sehen in freundschaftlichen Beziehungen zu der Berliner Bevölkerung und deren Repräsentanten nur einen Beitrag zur Völkerverständigung und Völkerversöhnung. Und wir wissen selbst, daß gerade die von Ihnen so gelobte und geliebte Besatzungsmacht die unsympathischste und schwierigste ist. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

Der Bau der Wiener Schnellbahn ist nur behindert worden, weil für 1960 vorerst die Vorfinanzierung nicht angenommen wurde. Im Mai ist dann eine Vereinbarung über die Vorfinanzierung zustande gekommen, und für das nächste Jahr ist eine völlige Übereinstimmung erzielt worden, sodaß mit Sicherheit angenommen werden kann, daß die Schnellbahn am Ende des kommenden Jahres fertiggestellt sein wird.

Auch GR. Schmidt (FPÖ) hat sich mit Bundesproblemen beschäftigt und dabei den Brückenschlag zwischen EWG und EFTA bezweifelt. Wir sind jedenfalls bemüht, eine Zusammenarbeit zwischen beiden zustandezubringen, weil das im Interesse beider Gruppen gelegen ist.

Wenn wir bei den Tarifen die Schrittmacher der Preisgestaltung wären, dann wäre das nur gut, dann lägen sie zum Teil noch unter denen von 1937, bei der Straßenbahn hätten wir erst den Index sechs erreicht. Es wäre falsch, irgendwann mit den Tarifen stehen zu bleiben und dann der Bevölkerung einzureden, daß sie das nichts kostet. Denn ob die Bevölkerung etwas für Leistungen bezahlt oder unabhängig von ihnen in Form von Steuern - sie muß es auf jeden Fall zahlen, wenn die Kosten vorhanden sind.

Es ist wohl etwas übertrieben zu sagen, wir hätten beim Voranschlag wieder einen Abgang zu erwarten. Wir haben gar nicht an die Rücklagen gedacht. Selbstverständlich aber ergeben sich im Laufe eines Jahres zusätzliche Bedürfnisse, die gedeckt werden müssen. Wir haben vorsichtig budgetiert, um solche zusätzliche Anforderungen bedecken zu können.

Bei den Stadtwerken gibt es nur in einem einzigen Betrieb Schwierigkeiten, weil dieser besonders lohnintensiv ist. Die anderen Betriebe sind aktiv. Es ist nicht nötig, die Wiener Stadtwerke in eine Gesellschaft umzugestalten.

Was den Umbau des Karlsplatzes und der Lastenstraße betrifft, so hängen damit viele Fragen zusammen, die erst geklärt werden müssen, bevor man zu einer Entscheidung kommt. Man kann nicht bauen, nur "damit's a Hetz gibt".

Bei der Alwegbahn müsse man verstehen, daß auch solche Verhandlungen nicht leicht zu führen sind. Vizebürgermeister Slavik betont jedoch, er habe immer erklärt, daß dem Gemeinderat die letzte Entscheidung zukommt. Er glaube auch, man solle bei solchen Verhandlungen nicht "hudeln", denn es kommt darauf an, wer die besseren Nerven hat. Wir sind jedenfalls der Meinung, daß das Risiko beim Bau der Alwegbahn geteilt werden muß.

Was die Vorwürfe des ÖVP-Redners zum Budget betrifft, so ist zu sagen, daß an der Aufstellung des Voranschlages fünf Monate gearbeitet wird, und im Verlauf des ganzen Jahres von den Bezirksvorstehungen die Wünsche an die Finanzverwaltung herangezogen werden. Es gilt also, diese Wünsche nach ihrer Dringlichkeit zu reihen. Die zuständigen Stadträte wissen auch genau und rechtzeitig darüber Bescheid, welches Geld für ihre Gruppe zur Verfügung steht. Die Frage nach dem Zeitpunkt der Budgeterstellung ist durchaus diskussionswert, doch kann sie nur im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bundesbudgets behandelt werden.

Es gibt niemanden, der dagegen ist, daß die Öffentlichkeit an den Planungsarbeiten teilnimmt und informiert wird. Wir müssen jedoch sehr gut aufpassen, daß daraus keine Bevorzugung für Spekulanten entsteht.

Vizebürgermeister Slavik beschäftigt sich dann mit dem Vorwurf der mangelnden Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Wenn Sie sagen, daß die ÖVP angeblich im Rathaus schlecht behandelt wird (GR. Mühlhauser, ÖVP: Nicht angeblich!) dann müsse man diese Frage auf Bundesebene diskutieren und dabei auch über jene Länder sprechen, in denen die ÖVP über die Mehrheit verfügt. Er glaube auch, die Erklärungen von GR. Walzer über die Koalitionsbereitschaft stimmen nicht ganz überein mit der Auffassung des Landesparteiobmannes der Wiener ÖVP, der keineswegs ein so leidenschaftlicher Verfechter der Koalition ist.

Was den Empfang für den Berliner Bürgermeister in der Wohnung

des Wiener Bürgermeisters betrifft, so ist festzustellen, daß der Bürgermeister genauso wie jeder Minister das Recht auf eine Dienstwohnung hat und in dieser Wohnung einladen kann, wen er will. Es ist im übrigen selbstverständlich, daß die Kosten eines solchen Empfanges von der SPÖ getragen werden.

Schließlich ergänzte der Referent die Ausführungen von GR. Stemmer noch dahin, daß es niemanden gelingen werde, die Sozialisten an der Durchführung ihres Wohnbauprogrammes zu hindern. Die Stadt Wien wird sich den notwendigen Grund und Boden verschaffen, versicherte Vizebürgermeister Slavik, damit der Wohnungsbau durchgeführt werden kann, soweit das technisch nur möglich ist.

Abschließend betonte Vizebürgermeister Slavik, daß das, was in diesem Budget vorgesehen ist, auch durchgeführt werden wird. Wir können mit ruhigem Gewissen sagen, daß die Bevölkerung von der Wiener Gemeindeverwaltung nicht enttäuscht werden wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 2. Hauptstückes mit den Stimmen der beiden großen Parteien angenommen.

Die Erinnerungen zum Budget werden dem Antrag des Referenten entsprechend einstimmig den zuständigen Ausschüssen zur Erledigung zugewiesen, die Anträge der KLS gegen die Stimmen dieser Partei abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

#### Tödlicher Verkehrsunfall am Parkring

=====

14. Dezember (RK) Heute vormittag, um 11.10 Uhr, wurde am Parkring, nach der Johannesgasse, die 78jährige Rentnerin Therese Feiler, 1, Seilerstätte 13, beim unachtsamen Überqueren der Fahrbahn von einem Triebwagen eines in Richtung Aspernbrücke fahrenden Zuges der Linie Ak niedergestoßen und zur Seite geschleudert. Die Greisin wurde mit schweren Kopfwunden und inneren Verletzungen vom Städtischen Rettungsdienst in die II. Unfallstation gebracht, wo sie später starb.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Das Personal der Stadt Wien

=====

Über die Gruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, berichtet hierauf Stadtrat Riemer. Der städtische Personalreferent führte unter anderem aus: "Das zuendegehende Jahr bachte auf dem Personalsektor mannigfache Schwierigkeiten. Der öffentliche Dienst stand im Schatten der Hochkonjunktur und einer Vollbeschäftigung, wie sie in unserem Lande noch niemals gewesen ist. Man kann geradezu von einem Run auf dem Arbeitsmarkt sprechen. In der Privatwirtschaft zeigte sich eine Jagd nach Arbeitskräften, die in der gegenseitigen Abwerbung von Arbeitern durch die Unternehmer ihren Gipfel erreichte. Diese Verhältnisse haben sich für die Stadt Wien umso ungünstiger bemerkbar gemacht, als nicht nur der natürliche Abfall an Bediensteten zu ersetzen war, sondern die Verkürzung der Arbeitszeit sich in einem erhöhten Personalbedarf auswirkte. Dies kam besonders stark und unangenehm auf zwei Sektoren der kommunalen Betätigung zum Ausdruck: im Pflegedienst unserer Kranken- und Wohlfahrtsanstalten und im Fahrdienst der Wiener Stadtwerke. Grundsätzlich wurde bei den Verkehrsbetrieben die Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Wochenstunden für alle Bediensteten eingeführt. Zur Abgeltung der 46. bis 48. Arbeitsstunde wurden den im Fahrdienst stehenden Bediensteten der Verkehrsbetriebe pro Jahr 17 zusätzliche freie Tage eingeräumt. Die Ungunst der Lage auf dem Arbeitsmarkt und das ungenügende Angebot an Arbeitskräften hat es aber leider bisher nicht möglich gemacht, den Bediensteten diese 17 zusätzlichen freien Tage auch tatsächlich freizugeben. Heuer ist es erst gelungen davon drei freie Tage zu geben, während das Personal an den übrigen 14 freien Tagen, natürlich gegen entsprechende Bezahlung, Dienst leisten muß.

Um den dringenden Personalmangel bei den Verkehrsbetrieben einigermaßen abzuhelpen, soll nun auch der Versuch gemacht werden, Hochschüler und Hochschülerinnen als Schaffner für halbtägige Dienstleistung anzuwerben. Es ist zu hoffen, daß eine größere Anzahl Studenten von dieser Verdienstmöglichkeit Gebrauch machen wird und daß die Verkehrsbetriebe dadurch instandgesetzt werden,

dem ständigen Fahrpersonal mehr Freizeit einzuräumen.

Der zweite schwere Engpaß zeigt sich nach wie vor im Pflegedienst. Auch auf diesem Gebiete ist der Mangel an geeignetem Personal in erster Linie auf die Hochkonjunktur in der Gesamtwirtschaft zurückzuführen.

In einer Sparte des Pflegedienstes können wir uns über Mangel an Bewerbern nicht beklagen, das ist die neugeschaffene Sparte der Stationsgehilfinnen, die nur an 6 Tagen der Woche je 6 Stunden Dienst machen, an Sonn- und Feiertagen frei sind und auch keine Nachtdienste leisten müssen. Diese Posten werden vor allem von Frauen, die einen Haushalt zu versorgen haben, gerne gesucht.

Personalmangel und Mangel an Nachwuchs besteht weiterhin bei den akademischen Berufen. Es sind ständig Dienstposten von Hoch- und Mittelschultechnikern bei der Feuerwehr und bei der Baupolizei und in anderen Abteilungen des Bauamtes vakant.

Aber nicht nur bei den geistigen Berufen stößt die Besetzung freier Dienstposten auf Schwierigkeiten. Gleiche Schwierigkeiten ergeben sich bei der Besetzung von Dienstposten, für die nicht so hohe Voraussetzungen gefordert werden, wie bei Hausarbeitern und Hausarbeiterinnen, Reinigungsfrauen, Küchenpersonal, im Straßenreinigungs- und Müllbeseitigungsdienst. Diese Nachwuchsschwierigkeiten haben die Gebietskörperschaften veranlaßt, die

#### Anfangsbezüge

der öffentlich Bediensteten auf eine neue Grundlage zu stellen. Dadurch entstanden Anfangsbezüge, die sich mit den Löhnen und Gehältern, die in der Privatwirtschaft für gleiche oder ähnliche Leistungen bei gleicher Vorbildung gezahlt werden, durchaus messen können.

Die Einführung der

#### 45-Stundenwoche im Gemeindedienst

hat im abgelaufenen Jahr ihre Fortsetzung gefunden und kann als nahezu abgeschlossen bezeichnet werden. Einer Vermehrung um 369 Dienstposten im Gesamtbereich des Magistrates stehen Einsparungen von mehr als 200 systemisierten Dienstposten in verschiedenen Abteilungen gegenüber, sodaß insgesamt mehr als 500 neue Dienstposten bewilligt wurden. Die meisten davon wurden in den Spitälern



und Wohlfahrtsanstalten geschaffen, ein Teil ist auf die Vermehrung von Kindergarten- und Hortabteilungen zurückzuführen. Diese unvermeidlichen Personalvermehrungen sollen aber in der nächsten Zeit durch weitere Personaleinsparungen wieder ausgeglichen werden. In einer Reihe von Verwaltungszweigen sind derzeit Untersuchungen und Bestrebungen nach Vereinfachung mit Personalersparnis im Gange.

Der Personalstand des Magistrats ist für 1961 mit 35.062 Aktiven und 19.915 Pensionierten veranschlagt. Er erhöht sich somit gegenüber dem Jahre 1960 um 369 Aktive und 762 Pensionisten.

Auch bei den Wiener Stadtwerken ist heuer wieder eine Erhöhung des Personalstandes zu verzeichnen. Auch sie ist auf die Einführung der 45-Stundenwoche im Bereich des Fahrdienstes der Verkehrsbetriebe zurückzuführen. Es steigt der Personalstand der Wiener Stadtwerke auf 19.728 Aktive gegenüber 19.531 im Dienstpostenplan für 1960, also um 197 Bedienstete. Die Zahl der Bediensteten der Wiener Stadtwerke ist auf 19.535, also um vier gestiegen. Heuer kann aber zum erstenmal seit langer Zeit die Tatsache verzeichnet werden, daß die Zahl der Pensionisten geringer ist als die der aktiven Bediensteten der Wiener Stadtwerke. Trotz dieser Ausweitung der Personalstände der Wiener Stadtwerke als Folge der Einführung der 45-Stundenwoche kann die erfreuliche Tatsache verzeichnet werden, daß der Personalstand für 1961 um 2.385 geringer ist als 1947, dem Höchststand nach dem Kriege und nur um 1.321 Dienstposten höher als im Jahre 1959, als schon die Einführung der 45-Stundenwoche zu Personalvermehrungen zwang. Auch bei den Verkehrsbetrieben waren im Jahre 1947 um 1.658 Bedienstete mehr beschäftigt als für 1961 bei voller Einführung der 45-Stundenwoche vorgesehen sind.

Der Personalaufwand des Magistrats beträgt für das kommende Jahr 1.777 Millionen Schilling, das sind 31,7 Prozent der Gesamtausgaben der Stadt Wien. Gegenüber 1960 ergibt sich somit eine Steigerung des Personalaufwandes um 120 Millionen Schilling. Diese Mehrausgaben sind auf die Personalvermehrung und auf eine Reihe von Bezugsverbesserungen des städtischen Personals zurückzuführen, die im Laufe des Jahres 1960 vereinbart wurden oder durch Bundesgesetz wirksam geworden sind. Von den Personalkosten entfallen auf

Hauptbezüge 1.098,7 Millionen Schilling, auf Nebenbezüge 119,5 Millionen Schilling, auf Ruhe- und Versorgungsgenüsse 398,5 Millionen Schilling.

Der Personalaufwand der Wiener Stadtwerke ist mit 1.165,5 Millionen Schilling präliminiert. Davon entfallen auf Hauptbezüge 912,2 Millionen Schilling, auf Ruhe- und Versorgungsgenüsse 253,3 Schilling. Der gesamte Personalaufwand von Magistrat und Stadtwerke zusammen beträgt 2.942,5 Millionen Schilling, also fast 3 Milliarden.

Die Personalbewegung zeigt eine relativ starke Fluktuation, die zum Teil auf die Konjunktur der österreichischen Wirtschaft zurückzuführen ist. Beim Magistrat ergaben sich in den letzten zwölf Monaten 1.961 Abgänge, davon 128 durch Ableben, 615 durch Pensionierungen und 994 durch Kündigung von Vertragsbediensteten, wovon die meisten Fälle auf Erreichung der Altersgrenze und Übergang in die Rente zurückzuführen sind, 13 durch Entlassung, und 211 durch Dienstesentsagung. Bei den Wiener Stadtwerken ergaben sich von Jänner bis Oktober 1960 1.186 Abgänge, davon 67 durch Ableben, 498 durch Pensionierung und 588 durch Kündigung von Vertragsbediensteten.

Leider haben sich in diesem Jahr neun tödliche Dienstunfälle ereignet.

Der Aufnahmedienst konnte trotz der schwierigen Arbeitsmarktlage um rund 540 neue Gemeindebedienstete für den Magistrat mehr aufnehmen, als in der gleichen Zeit abgegangen sind, nämlich 2.506 Bedienstete. Davon wurden dem Anstaltenamt 1.354, dem Bauamt 362, dem Jugendamt 135 und der Feuerwehr 129 Bedienstete zugewiesen. Bei den Wiener Stadtwerken wurden in den ersten zehn Monaten 1.046 neue Bedienstete aufgenommen, davon für die Verkehrsbetriebe 813. Damit konnte aber der Abgang von 878 Ausgeschiedenen nicht wettgemacht werden. Pragmatisiert wurden in der Berichtszeit beim Magistrat 422, bei den Stadtwerken 449 Bedienstete. Die Stadt Wien übt auch die Diensthoheit über 4.404 Pflichtschullehrer und 855 Berufsschullehrer aus. Im Berichtsjahr wurden 114 Lehrer nach der Dienstpragmatik und drei Lehrer als Vertragslehrer angestellt. Die Dienstordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien hat auch im abgelaufenen Jahr wieder zwei Novellierungen erfahren.

Die 17. Dienstrechtsnovelle trägt vor allem dem Umstand Rechnung, daß die Stadt Wien durch Bundesvorschriften veranlaßt war, für die Gemeindeglieder ein Akademikerschema zu schaffen.

Die 18. Novelle beseitigt die noch bestehenden Ruhensbestimmungen bei Zusammentreffen mehrerer Ruhe- und Versorgungs-genüsse.

Einige einschneidende Änderungen hat auch die Vertragsbedienstetenordnung erfahren. Die wichtigste betrifft die Entgeltzahlung bei Krankheit.

Ungelöst ist noch immer das Problem der dienstrechtlichen Stellung der Kindergärtnerinnen, da diese Bedienstetengruppe durch die bekannte Bestimmung des Lehrer-Dienstrechtskompetenzgesetzes dem Dienstrecht des Bundes unterstellt ist, der Bund aber bisher für sie keine ausreichende dienstrechtliche Regelung getroffen hat. Auf dem Gebiete der Krankenpflege ist immer noch das neue Krankenpflegegesetz ausständig. Nach Mitteilungen aus dem Sozialministerium soll aber der Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfes kein größeres Hindernis mehr im Wege stehen.

Die Stadt Wien betreibt derzeit sieben Krankenpflegeschulen. Die im Herbst 1959 eröffnete neue Krankenpflegeschule im Franz Josef-Spital, die extern geführt wird, hat vor wenigen Wochen einen neuen Jahrgang eröffnet.

Außerordentlich erfreulich ist die Entwicklung der gleichfalls im Vorjahr gegründeten Vorschule für soziale Frauenberufe. Sie hat bei ihrer Eröffnung einen beachtenswerten Zuspruch gefunden, sodaß sofort zwei Parallelklassen eingerichtet werden mußten. Im Herbst dieses Jahres wurde ein neuer Jahrgang eröffnet und auch dieser fand wieder soviel Zuspruch, daß zwei Parallelklassen eingerichtet werden mußten.

Das Pflegepersonal hat im heurigen Jahr eine Reihe von Verbesserungen dienst- und besoldungsrechtlicher Natur erfahren. Pflegerinnen mit einer mehr als 18monatigen schulmäßigen Ausbildung oder mit Irrenpflegefachprüfung werden nunmehr sofort beim Eintritt in die Verwendungsgruppe C eingereiht. Für die Erreichung der vollen Ruhegenüßbemessungsgrundlage wurde für Pflegerinnen, Hebammen, medizinisch-technische Assistentinnen usw., aber auch für Erzieher die 32 1/2jährige Dienstzeit festgesetzt.

Auch für den Aufstieg von Pflegepersonen in die Verwendungsgruppe D beziehungsweise C bei kürzerer als 18-monatiger Ausbildung, wurden günstigere Anwartschaftszeiten vereinbart.

Die Zulagen für das Pflegepersonal wurden neu geregelt und wesentlich erhöht. Die Erschwerniszulage, durch die auch Mehrdienstleistungen abgegolten werden, wurde neu geregelt. Neu geregelt wurde auch die Feiertagsentschädigung. Zu dem bisherigen Feiertagspauschale, von monatlich 52 Schilling kommt nunmehr ein sogenanntes Auftrittsgeld von 23 Schilling für jeden geleisteten Sonn- oder Feiertagsdienst. Die Nachtdienstzulage wurde um 50 Prozent erhöht und die Chargenzulagen wurden von 150 Schilling auf 210 Schilling für Stationschwwestern, von 300 Schilling auf 350 Schilling für Oberschwwestern gesteigert. Eine Erhöhung hat auch das Taschengeld für Schülerinnen der Krankenpflegeschulen erfahren. Es beträgt jetzt im ersten Jahrgang 200 Schilling, im zweiten Jahrgang 300 Schilling und im dritten Jahrgang 400 Schilling monatlich.

Die Aktion der Einstellung von Stationsgehilfinnen ist abgeschlossen. Nicht weniger als 548 Stationsgehilfinnen machen bereits Dienst.

Auch die städtischen Ärzte haben in diesem Jahre weitgehende Verbesserungen ihrer Dienst- und Besoldungsverhältnisse erzielt. Dienstrechtlich wurde dabei manches erreicht, was allerdings den Keim zu Schwierigkeiten in der Zukunft in sich trägt. So wurde den Spitalsärzten mit abgeschlossener Ausbildung die Praxiserlaubnis, allerdings unter Ausschluß der Gebietskrankenkasse, eingeräumt. Schon jetzt zeigen sich aber die von vielen Fachleuten bei den Verhandlungen prophezeiten Schwierigkeiten und mehrere Spitalsdirektionen, unterstützt von einer Reihe von Primärärzten, haben beim Anstaltenamt ernste Bedenken gegen diese Neuregelung vorgebracht und ihrer Besorgnis um die Aufrechterhaltung einer ausreichenden ärztlichen Versorgung der Patienten der städtischen Krankenhäuser Ausdruck verliehen.

Es bleibt zu hoffen, daß die Primärärzte die Durchführung dieser an sich gerechtfertigten Maßnahme dahin überwachen, daß dabei schädliche Auswüchse vermieden werden.

Im Zuge der Verhandlungen, die im vergangenen Sommer mit den Vertretern der Ärzteschaft geführt wurden, ist allen Spitalsärzten mit vollendeter Ausbildung, die als praktische Ärzte oder als Fachärzte von der Ärztekammer anerkannt sind, die Unterstellung unter die Vertragsbedienstetenordnung zugesichert worden. Es wurde ferner in Aussicht gestellt, die Anzahl der Assistentenposten zu vermehren. Über das Ausmaß dieser Vermehrung wird derzeit verhandelt.

Die individuelle Erschwerniszulage, die als Abgeltung für den Nachtdienst der Ärzte gezahlt wird, wurde von bisher 55 Schilling für den ersten bis achten Nachtdienst auf 100 Schilling und von bisher 75 Schilling für den neunten und alle weiteren Nachtdienste im Monat auf 130 Schilling erhöht. Die Sonn- und Feiertagszulage wurde von 55 Schilling auf 100 Schilling gesteigert.

Den Primärärzten wurde zugesagt, daß alle Vordienstzeiten über 14 Jahre bei der Einreihung in Dienstklasse VI berücksichtigt werden.

In letzter Zeit wurde auch dem Drängen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten nach einer Aufwertung der Nebengebühren auf das 6,4-fache der Ansätze des Jahres 1946 entsprochen. Auch eine Reihe neuer Zulagen, insbesondere im Bereiche der Wiener Stadtwerke, mußte eingeführt werden.

Im abgelaufenen Sommer konnten auch die seit längerem geführten Verhandlungen mit der Vertretung der Fürsorgerinnen im wesentlichen abgeschlossen werden. Sie erhalten gleich dem Pflegepersonal nach Absolvierung der Fürsorgerinnenschule die Einreihung in die Verwendungsgruppe C bei ihrer Anstellung. Eine Reihe von Fachverwaltungsposten im Fürsorgerinnenbereich wurde mit Verwendungsgruppe B qualifiziert und Maturanten zugänglich gemacht. Neu eingeführt wurde eine Erschwerniszulage für Fürsorgerinnen von monatlich 100 Schilling. Auch den Fürsorgerinnen wurde die 32 1/2-jährige Dienstzeit für die volle Ruhegenüßbemessung zugebilligt.

Die Gemeindeverwaltung zeichnet seit zwei Jahren ihre Dienstjubilare mit einer Ehrengabe aus. Beim Magistrat haben 963 Bedienstete das 25-jährige und 355 Bedienstete das 40-jährige Dienstjubiläum gefeiert.

Die Stadtwerke hatten 441 Jubilare mit 25jähriger und 343 mit 40jähriger Dienstzeit. Also fast 700 Bedienstete haben in diesem Jahr ihre 40jährige Dienstzeit vollendet. Sie haben aus diesem Anlaß eine Remuneration in der Höhe eines vollen Monatsbezuges erhalten, die Jubilare mit 25jähriger Dienstzeit einen halben Monatsbezug. Insgesamt wurden 4,4 Millionen Schilling an Remunerationen anläßlich von Dienstjubiläen ausbezahlt.

Die Aktion der Anrechnung von Vordienstzeiten auf Grund der 13. Dienstrechtsnovelle ist im wesentlichen zum Abschluß gekommen. Mehr als 30.000 Ansuchen wurden positiv erledigt.

Auch sieben Beamtenentschädigungen im Gesamtbetrag von 205.000 Schilling wurden zuerkannt. 14 Bedienstete haben unter diesem Titel Nachzahlungen im Gesamtausmaß von 16.000 Schilling erhalten. An emigrierte ehemalige Gemeindebedienstete wurden außerordentliche Versorgungsgenüsse bewilligt. Es wurden sieben derartige Ansuchen auf Neuzuerkennung außerordentlicher Versorgungsgenüsse im Ausmaß von 119.000 Schilling jährlich zuerkannt. An acht Personen sind Nachzahlungen im Gesamtausmaß von 730.000 Schilling, wovon die Hälfte der Bund bestreitet, flüssig gemacht worden.

436 Personen stehen derzeit im Genuß von außerordentlichen Zuwendungen im Gesamtbetrag von rund drei Millionen Schilling jährlich. Es handelt sich um Versorgungsgenüsse an Witwen nach verstorbenen Bediensteten oder an andere Personen, die zwar keinen Rechtsanspruch auf Versorgung haben, aus sozialen Gründen aber durch Beschluß des zuständigen Organs regelmäßige außerordentliche Zuwendungen erhalten.

Im Dienst der Gemeinde Wien stehen auch mehrere Gruppen von Bediensteten, deren Entlohnung auf Grund von Kollektivverträgen erfolgt. Auf diesem Gebiet waren auch im Jahre 1960, jeweils angepaßt an die betreffende Sparte der Privatwirtschaft, Lohnerhöhungen durchzuführen. So wurden den Arbeitern des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien und der städtischen Forstverwaltung Lohnerhöhungen zuerkannt.

Nach langwierigen Verhandlungen mit den Gewerkschaften wurden auch jene spezifischen Fragen des Landwirtschaftsbetriebes gelöst, die in den letzten Jahren immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Verwaltung und Gewerkschaft geführt haben. Die Professionisten und Meister der Gutshöfe erhielten eine fünfprozentige Lohnerhöhung. Eine ähnliche Regelung wurde auch für die Angestellten des Landwirtschaftsbetriebes und die Tagelöhner der Ökonomie Eggenburg getroffen.

In Anlehnung an die Bezugsregelung bei den Bundesforsten wurde den Forstarbeitern der Stadt Wien ab September 1960 eine durchschnittliche Erhöhung der Stundenlöhne um 5.44 Prozent und der Akkordlöhne um 2.5 Prozent zuerkannt. Eine Erhöhung erfuhr auch die Sonderzulagen anlässlich der Weihnachtsfeiertage und desurlaubes. Auch die Saisonarbeiter des Forstbetriebes erhielten eine Lohnerhöhung um 5.44 Prozent.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter der städtischen Bäckerei wurden gleichfalls neu geregelt, der Kollektivvertrag neu textiert.

Die Gehaltsansätze und Nebengebühren der geistlichen Schwestern und der Rudolfinerinnen wurden in Sonderübereinkommen den neuen Gehaltssätzen und Nebengebühren des weltlichen Pflegepersonals angepaßt.

Die Disziplinarkommissionen hatten sich mit 90 Fällen zu beschäftigen. Davon waren 34 Disziplinaranzeigen auf Trunkenheit im Dienst und 15 auf ungerechtfertigtes Fernbleiben vom Dienst zurückzuführen. Die Zahl der Trunkenheitsdelikte ist leider gegenüber dem Vorjahr, wo nur 22 solcher Disziplinarfälle zu behandeln waren, stark gestiegen. Diese Tatsache und die traurige Erfahrung des Straßenbahnunglücks vom 2. August verpflichtet alle maßgebenden Faktoren bei Trunkenheitsdelikten mit besonderer Schärfe vorzugehen.

Die Zahl der Beschwerden von Beamten und Pensionsparteien gegen Bescheide des Magistrates bzw. der Direktionen der Städtischen Unternehmungen, bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts ist erfreulicherweise weiterhin im Abnehmen begriffen.

Es wurden im Berichtsjahr nur 25 solcher Beschwerden beim Verwaltungsgerichtshof bzw. Verfassungsgerichtshof eingebracht, während es im Jahre 1959 noch 34, im Jahre 1954 sogar 77 derartige Beschwerden waren.

Zur Teilnahme an internationalen sportlichen Wettkämpfen wurden im abgelaufenen Jahr Sonderurlaube mit Bezügen für 14 Bedienstete mit 228 Arbeitstagen bewilligt. Für gewerkschaftliche Schulungsveranstaltungen wurden bezahlte Sonderurlaube an 507 Bedienstete mit einer Beurlaubung für 3.174 Arbeitstage genehmigt. Zum Besuch wissenschaftlicher Tagungen und Kongresse haben 70 städtische Ärzte Sonderurlaube mit Bezügen im Ausmaß von 590 Arbeitstagen und 107 Ärzte Karenzurlaub im Ausmaß von 12.104 Arbeitstagen erhalten. Sonstige Urlaube mit Bezügen haben 149 Bedienstete im Ausmaß von 1.402 Arbeitstagen in Anspruch genommen. Ein beachtenswertes Ausmaß hatten die Urlaube ohne Bezüge. Solche Karenzurlaube wurden von 261 Bediensteten in Anspruch genommen. In den meisten dieser Fälle handelt es sich um Karenzurlaube an Mütter von Neugeborenen. Auch in diesem Jahr wurde der fachlichen Ausbildung und Fortbildung insbesondere des Nachwuchses, ein großes Augenmerk zugewendet. An einem Vorbereitungskurs für die praktisch-politische Prüfung von Juristen, der Mitte Februar 1961 zu Ende gehen wird, nehmen 43 junge Beamte teil, unter ihnen 20 Polizeibeamte. Für Kanzleibeamte wurden fünf Kurse mit 261 Teilnehmern durchgeführt, für Verwaltungsbeamte acht Kurse mit 297 Teilnehmern. Die Nachwuchskräfte aller Sparten müssen sich den entsprechenden Fachprüfungen unterziehen.

Die Stadtverwaltung ist bemüht, ihren jungen Mitarbeitern nicht nur alle Möglichkeiten für die fachliche Fortbildung zu erschließen, sondern sie auch mit dem Wirken der Gemeinde auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens bekannt zu machen. Zu diesem Zwecke wurden Einzelvorträge, Filmvorführungen und Exkursionen veranstaltet.

Der freiwilligen Fortbildung, insbesondere der Kanzleibediensteten, waren die Fortbildungskurse der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gewidmet.



Auf dem Gebiete der Vorgesetztenschulung wurden mehrere Grundseminare veranstaltet.

In zwölf Kursen der Verwaltungsakademie werden die Beamten der Stadt mit dem neuesten Stand der Gesetzgebung und der Verwaltungspraxis vertraut gemacht.

Im kommenden Jahre werden wieder so ziemlich alle Zweige der Stadtverwaltung einer eingehenden Überprüfung und Durchkämmung der Personalstände unterworfen werden, mit dem Ziele, den Verwaltungsvorgang von überflüssigen Manipulationen zu befreien, den Aktenlauf zu verkürzen und überall dort, wo Personal eingespart werden kann, die Personalstände einzuschränken. Wo durch Anschaffung von Büromaschinen die Arbeit erleichtert oder beschleunigt werden kann, sollen entsprechende Investitionen vorgenommen und der Verwaltungsvorgang modernisiert werden.

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat bereits das Verlangen nach einer Revision des Gehaltsgesetzes vorgelegt.

Abschließend sprach Stadtrat Riemer den Leitern der Abteilungen seiner Geschäftsgruppe und allen ihren Mitarbeitern sowie den Personalreferenten der übrigen Dienststellen des Magistrates, der Stadtwerke und ihrer Teilunternehmungen, vor allem aber auch Vizebürgermeister Slavik, Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Generaldirektor Dr. Ing. Horak und Kontrollantsdirektor Dr. Lachs und allen ihren Mitarbeitern seinen Dank aus. Darüber hinaus dankte er allen Bediensteten der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen, die immer ihr Bestes gegeben haben im Bewußtsein der hohen Aufgabe, der sie dienen.

./.

Debatte über das Personal

GR. Maller (KLS) führt aus: Stadtrat Riemer habe versucht, die Dinge so darzustellen, als ob alles in Ordnung wäre. Dem sei leider nicht so. Die Personalpolitik der Gemeinde Wien hat die Öffentlichkeit in den letzten Jahren des öfteren beschäftigt. Ganzen Gruppen von Bediensteten geschehe Unrecht, das zum System erhoben werde. Der Stadtrat spreche zwar weiter sehr oft von der Vermenschlichung der Verwaltung und von der Demokratie, seine Taten seien aber weiterhin allzu oft unmenschlich, undemokratisch und herzlos. Das, was unsere Stadt, ihre Bewohner und ihre Bediensteten brauchen, vermochte der Stadtrat nicht zu geben, nämlich eine weltoffene, moderne, wirklich vom Geist der Menschlichkeit durchdrungene objektive Personalpolitik. Der Gemeindedienst habe seine magnetische Anziehungskraft verloren, aber dieser Situation werde keineswegs Rechnung getragen. Man muß wohl kein Prophet sein, um voraussagen zu können, daß auch die neuen Anfangsbezüge nicht sehr viel ändern werden. Dienstentsagungen erfolgen heute am laufenden Band. Die Entlohnung und die Arbeitsverhältnisse seien die Hauptursachen dafür. Vom 1. Jänner bis 31. Oktober haben 25 Krankenschwestern ihren Dienst bei der Gemeinde Wien quittiert. (Stadtrat Riemer: Von 6.000!) Es geht um die Tatsache, daß Schwestern freiwillig auf ihren Dienst verzichten. Was waren die Gründe für diese Dienstentsagungen?

Redner stellt in dem Zusammenhang einen Antrag, wonach Krankenschwestern, Fürsorgerinnen, etc. nach zehnjähriger Dienstzeit wie Maturanten eingestuft werden sollen, bzw. eine eigene Gehaltsgruppe für soziale Frauenberufe geschaffen werden soll.

Bei den Wiener Verkehrsbetrieben haben bis zum 31. Oktober 27 Personen ihren Dienst quittiert. Insgesamt haben 110 Personen freiwillig den Gemeindedienst verlassen. Der Personalreferent der Gemeinde Wien werde zur Kenntnis nehmen müssen, daß heute nicht die Bediensteten unter Druck stehen, sondern die Gemeinde wegen des Personalmangels.

Aus diesem Grund lege er einen zweiten Antrag vor, nach dem der Personalreferent Maßnahmen treffen soll, um die Anfangsbezüge auf 1.425 Schilling zu erhöhen, die Gehälter dem für die Lebenskosten errechneten Valorisierungsfaktor von 7,8 anzugleichen und bis zur Novellierung des Gesetzes á-conto-Zahlungen von monatlich 200 Schilling zu leisten. Weiters spricht er sich dagegen aus, den Personalmangel bei der Straßenbahn durch Einstellung von Studenten zu überbrücken, weil damit eine Unterschätzung der Tätigkeit der Schaffner zum Ausdruck käme. GR. Maller beantragt sodann, den Dienst bei den Verkehrsbetrieben so einzuteilen, daß jeder im Fahrdienst Beschäftigte in Turnussen von einigen Wochen einmal einen freien Sonntag bekommt. Der Dienstbeginn für den Aushilfsdienst sollte frühestens mit sechs Uhr festgelegt werden und die 8 1/2-stündige Ruhepause zwischen aufeinanderfolgende Dienstschichten müßte auch beim Aushilfsdienst ab der Heimatdienststelle gerechnet werden. Die Verwaltung und vor allem der zuständige Stadtrat müßten dem Personal weitaus mehr Verständnis entgegenbringen und die berechtigten Forderungen der Straßenbahner berücksichtigen.

Der Redner fordert sodann die Gewährung einer Gefahrenzulage für die Bediensteten der Magistratsabteilung 48, Stadtreinigung und Fuhrpark, und für die Arbeiter der Magistratsabteilung 30, Kanalisation. Die Arbeiter der Straßenreinigung und auch die Kanalarbeiter seien großen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. Eine Änderung verlangt der Redner auch auf dem Gebiete der Stempelgebühren. Er stellt den Antrag, daß bei Überreihung in eine niedrigere Verwendungsgruppe, die für den Bediensteten eine finanzielle Einbuße bedeutet, keine Stempelgebühr eingehoben werden soll. Solche finanzielle Einbußen durch Umreihungen müßten überhaupt vermieden werden. Bedauerlich sei auch die einseitige politische Einstellung des Personalamtes. Ein kleiner Beweis hierfür sei die Tatsache, daß Funktionären der Fraktion der gewerkschaftlichen Einheit die Teilnahme an einer Sitzung während der Dienstzeit untersagt wurde. Eine derartige Maßnahme erinnere an die Methoden vergangener Regime. Im Personalreferat fehle der Geist der Menschlichkeit. So werden bei der Straßenbahn wiederholt kranke Bedienstete als Simulanten bezeichnet.

Man sehe nur nach der Zahl der Krankenstände ohne zu achten, was dahinter steht. Es wird notwendig sein, daß der Personalstadtrat diesen Dingen nachgeht.

Zum Abschluß seiner Ausführungen stellt der Redner drei Anträge. Ein Antrag verlangt die Beseitigung von Ungerechtigkeiten in der Witwenversorgung, ein anderer fordert die Auswertung der Pensionen von Bediensteten, die nach dem Krieg wegen ihrer Kriegsversehrtheit pensioniert wurden, und ein weiterer Antrag verlangt die Wiedereinführung der neunzigprozentigen Pensionsbemessungsgrundlage wie sie vor 1938 bestand.

Den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe werde seine Fraktion nicht die Zustimmung geben.

Der Vorsitzende GR. Fürstenhofer unterbricht hierauf um 19 Uhr die Budgetberatungen. Morgen Donnerstag, den 15. Dezember, werden um 9 Uhr die Verhandlungen mit der weiteren Debatte über das Kapitel Personalangelegenheiten fortgesetzt.

(Ende des Gemeinderatsberichtes)

- - -